

Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

35. Sitzung
11. April 2019

Beginn: 10.35 Uhr
Schluss: 13.02 Uhr
Vorsitz: Daniel Buchholz (SPD), stellvertretender Vorsitzender

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Arbeit des Klimaschutzzrats** 0249
UmVerk
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- b) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 18/0468 **Beendigung der Kohlenutzung in Berlin Drucksachen 18/0139 und 18/0232** 0072
UmVerk
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Daniel Buchholz: Ich darf, nachdem ich Frau Dr. Kühnel schon begrüßen durfte, jetzt auch Herrn Prof. Dr. Bernd Hirschl begrüßen. Er ist Sprecher des Klimaschutzzrates und Leiter Forschungsfeld nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz bei dem Institut für

ökologische Wirtschaftsforschung – IÖW – GmbH. Herzlich willkommen! – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls für die Anhörung gewünscht ist. – Dem wird nicht widersprochen. Dann machen wir das so. Wir kommen zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu den Punkten 2 a und 2 b. Mir wurde signalisiert, dass diese zusammen begründet werden durch den Kollegen Kössler. – Bitte schön!

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben als Koalition gemeinsam diese Anhörung eingefordert. Ich erinnere daran, dass wir als Abgeordnetenhaus nach § 11 des Energiewendegesetzes durch den Klimaschutzrat beraten werden. Es ist ein bisschen verwunderlich, dass wir dafür jetzt zweieinhalb Jahre gebraucht haben. Ich hoffe, dass wir das in dieser Legislaturperiode noch öfter machen, weil es ein wichtiges Thema ist. Das sieht man nicht nur, wenn man rausguckt und sieht, was draußen in der Gesellschaft passiert. Wir haben beim Klimaschutz viel Geld in die Hand genommen. Wir haben ein umfangreiches BEK beschlossen. Da passiert viel hinter den Kulissen, aber konkret warten wir noch auf vieles. Die CO₂-Emissionen nicht noch nicht so stark gesunken. Deswegen würde uns eine allgemeine Einschätzung des Klimaschutrzrats der Klimapolitik in diesem Land interessieren. Aber wir haben auch mitbekommen, dass Sie sich Schwerpunkte gesetzt haben, und da würden wir mehr ins Detail gehen.

Wir würden das mit Punkt 2 b, Beendigung der Kohlenutzung, verbinden. Das ist eine Mitteilung – zur Kenntnisnahme –, die schon ein bisschen älter ist. Da würde uns vom Senat der neueste Stand interessieren, weil der Kohleausstieg in Berlin nicht nur etwas ist, das beschlossen worden ist, es ist auch Vorbild für eine urbane Wärmewende. Wir versuchen, da ein Leitprojekt zu machen. Auch darüber wollen wir mit Ihnen allen diskutieren.

Vorsitzender Daniel Buchholz: Vielen Dank! – Dann kommen wir nun zur Anhörung, und ich darf die beiden Anzuhörenden um ihre Stellungnahmen bitten. Haben Sie sich abgesprochen, wer zuerst referieren möchte? – Herr Prof. Dr. Hirschl! Es ist eine Präsentation angekündigt worden, wir können sie auch schon sehen. Bitte sieben bis maximal zehn Minuten für den Einleitungsvortrag! Danach besteht im Rahmen von Nachfragen durch die Abgeordneten noch Gelegenheit, weitere Ausführungen zu machen. – Bitte schön!

Prof. Dr. Bernd Hirschl (Klimaschutzrat, IÖW): Vielen Dank für die Einladung! – Auch wir freuen uns, dass wir hier in dem Gremium erstmalig formell mit Ihnen diskutieren können. Gelegenheit dazu haben wir ja informell mit dem einen oder anderen, der sich dafür interessiert, immer mal wieder gehabt. Jetzt ist es aber, denke ich, auch an der Zeit, unseren gesetzlichen Auftrag hier mal wahrzunehmen.

Ich möchte Ihnen, weil wir eben das erste Mal hier sind, ein bisschen was über den Klimaschutzrat erzählen, weil nicht alle den Paragrafenwortlaut und ihn so, wie er gelebt wird, kennen, damit Sie wissen, was wir machen und wer wir sind, und dann ein bisschen über die Schwerpunkte berichten. Ich hoffe, dass ich die zehn Minuten einhalte.

Gesetzliche Grundlagen

- „Der Klimaschutzrat berät den Senat und das Abgeordnetenhaus zu Fragen der Klimaschutz- und Energiepolitik.“ (§ 11 EWG Berl. Abs. 2 Satz 1)
- Ehrenamtliche Berufung von Personen aus relevantem Spektrum der Berliner Energiewende
 - „Die für Klimaschutz zuständige Senatsverwaltung beruft einen Klimaschutzrat“ (§ 11 EWG Berl. Abs. 1 Satz 1)
- „Er achtet auf die Einhaltung der Klimaschutzziele und begleitet die Fortschreibung des BEK.“ (§ 11 EWG Berl. Abs. 2 Satz 2)

Die gesetzlichen Grundlagen sind eben erwähnt worden. Ich denke, das ist ganz wichtig. Wir sitzen hier im UVK-Ausschuss, und wir sind von entsprechenden Senatoren aus diesem Hause berufen, aber unser Auftrag ist, den gesamten Senat zu beraten. Das ist ganz wichtig, weil wir Handlungsfelder haben, die in sehr vielen Ressorts liegen, und das kann nur klappen, wenn da auch alle mitmachen. Insofern nehmen wir diesen Auftrag bereits wahr. Darauf komme ich gleich. Auch das Abgeordnetenhaus, auch Sie sind die Adressaten.

Wichtig ist auch: Wir sind ein breites Gremium – Sie sehen gleich, welche Personen da mit dabei sind –, aber wir sind auch als Personen berufen. Das heißt, wir sind dort keine Ansammlung von Lobbyisten, und ich bin der einzige Wissenschaftler, sondern es sind Einzelpersonen, die natürlich Ihre Hintergründe mitbringen, das ist klar, aber als Personen berufen sind.

Wir haben zwei zentrale Schwerpunkte. Das eine ist die Einhaltung der Klimaschutzziele, das ist sehr allgemein gehalten, aber das nehmen wir auch ziemlich ernst. Das heißt, wir müssen das, was hier läuft oder nicht läuft, vor genau diesem Hintergrund bewerten, und da ist auch wieder der Verweis auf andere Ressorts. Das heißt, auch das, was im Bereich Wohnungsbau und Sanierung läuft, gucken wir uns durch die Brille Klimaschutzwirkung an. Das Zweite ist: Wir haben ein zentrales, großes Instrument, wo viele aus dem Klimaschutzrat aktiv mitgewirkt haben, um es ins Leben zu bringen. Insofern begleiten wir das kritisch-konstruktiv. Das ist die Grundlage.

Interpretation des gesetzl. Auftrags (s. eigene Satzung)

- **Frühzeitiges Meinungsbild & Feedback** zu energie- und klimapolitischen Initiativen und Lösungsvorschlägen von Regierung und Verwaltung
 - Z.B. Kommentierung von Instrumenten wie Förderprogrammen
- **Vermittler** zwischen Stadtgesellschaft und Verwaltung und **Multiplikator**, um das Thema Klimaschutz stärker in der Öffentlichkeit zu verankern
 - Z.B. durch Stellungnahmen, Vorträge & Veranstaltungen
- Setzen **eigener Impulse** für die weitere Entwicklung der Berliner Klimaschutzpolitik – mit Fokus auf Hemmnisse & Zielkonflikte in zentralen Potenzialfeldern

Wie interpretieren wir das? – Wir sind einerseits auf recht kurzem Wege mit den verantwortlichen Senatsverwaltungen im Dialog, wenn dort z. B. Dinge vorbereitet werden. Das heißt, wir versuchen ein frühzeitiges Meinungsbild oder auch Feedback zu geben. Beispiel: Sie haben sich mit einer Regelung beschäftigt, wo es darum geht, Heizungskessel auszutauschen. Das sind Dinge gewesen, die wir auch auf kurzem Weg im Dialog kommentiert haben.

Wir versuchen, weil dort Menschen sitzen, die einen gewissen Einfluss oder eine gewisse Bekanntheit haben, diese auch als Vermittler oder Multiplikatoren für dieses Thema in der Öffentlichkeit zu nutzen. Das heißt, wir sind mit dem Titel und der Funktion Klimaschutzrat in Vorträgen unterwegs. Wir machen mittlerweile auch eigene Veranstaltungen, und zu den Schwerpunktthemen verfassen wir Stellungnahmen.

Insofern ist unser Anspruch hier nicht nur, beratend darauf zu warten – was Ihre Seite angeht, hätten wir jetzt zweieinhalb Jahre nichts zu tun gehabt, dem ist nicht so –, sondern unser Anspruch ist, dass wir das Thema auch mit eigenen Impulsen voranbringen, und dort konzentrieren wir uns auf Potenzialbereiche, die aus unserer Sicht sehr wichtig sind, die aber nicht von alleine vorankommen, wo es Zielkonflikte gibt. Da wollen wir bevorzugt draufgucken und nach Lösungen schauen.



Bild: SenUVK/Ralf Rühmeier sowie DLR

Jetzt zur Besetzung, hier die entsprechenden Bilder: Sie sehen auf dem Eröffnungsfoto die Personen, die uns berufen haben, Frau Senatorin Günther und Staatssekretär Tidow, die uns auch bei den Sitzungen immer konstruktiv begleiten. Wir beide sind heute stellvertretend als Sprecher für das Gremium hier. Sie sehen, es ist von der BürgerEnergie jemand dabei, für den Verkehrsbereich die Kollegin Lenz, für die Wirtschaft die IHK-Vertreterin, für die Wohnungswirtschaft Frau Kern vom Verband BBU, die Wasserbetriebe, die das Thema Wasser mit reinbringen, aber auch für die Stadtwerke dabei sind, aus der Energiewirtschaft Herr Schnauß von Vattenfall, Vorstand Trunk von der GASAG, Herr Geißler von der BEA – insofern ein recht breites Gremium mit einem klaren Schwerpunkt auf Energie/Energiewende, aber auch mit vielen anderen Vertretern und einer – was ich gut finde – arbeitsfähigen Gruppengröße. Also wir sind nicht so viele, dass wir die Sitzungen schon allein damit verplempern, dass alle was sagen wollen und wir nicht zum Arbeiten kommen.

Arbeitsweise



- Ratssitzungen („Plenum“)
 - 3-4 mal jährlich
 - Neben SenUVK sind weitere involvierte Berliner Senatsverwaltungen regelmäßig Gäste
 - externe Referenten / Experten können themenspezifisch geladen werden
- Schwerpunktthemen und Arbeitsgruppen
 - 2-3 Schwerpunktthemen pro Jahr, die idR in AGs separat bearbeitet werden
 - Besetzung: ausgewählte Ratsmitgliedern mit weiteren Fachexperten
 - Ziel: Empfehlungen / Stellungnahmen erarbeiten, Thema öffentlich machen
- Beratung / Meinungsäußerung auf Anfrage von Senatsverwaltungen
- Mitarbeit in anderen Gremien (z.B. Masterplan Solar, MBS Kohleausstieg, Wirtschaftsdialog Energie)
- Vorträge & Veranstaltungen (z.B. BETage, CO₂-Preis)

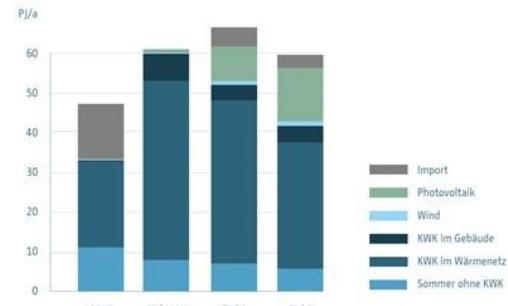
Arbeitsweise: Wir haben die Hauptsitzung, das sogenannte Plenum, wo wir als Rat zusammenkommen, ungefähr drei- bis viermal jährlich. Da sind z. B. regelmäßig auch Vertreter und Vertreterinnen anderer Senatsverwaltungen dabei. Insofern haben wir diese Bezüge zu den anderen Ressorts dadurch gewährleistet, und wir haben das eine oder andere Mal auch externe Referenten mit dabei. Wir geben uns seit unserer Gründung Schwerpunktthemen, ich habe es erwähnt. Wir suchen Themen, die aus unserer Sicht wichtig sind, und vertiefen die in Arbeitsgruppen. Das heißt, es gibt zusätzliche Sitzungen neben diesen Plenarsitzungen, wo wir in Teilen, also mit ausgewählten Mitgliedern, zusammensitzen und uns dort auch im Regelfall noch mehr Expertise von außen reinholen. Wir haben gerade gestern zu unserem dritten Schwerpunktthema zusammengesessen. Darauf komme ich gleich. Die Beratungsleistung, Feedback auf Anfrage von Senatsverwaltungen habe ich erwähnt.

Wir sind in anderen Gremien mit dabei. Das heißt, das ist nicht die einzige Tätigkeit. Sie haben eine ganze Reihe von weiteren Gremien hier in der Stadt zu verschiedenen Themen, und auch da schauen wir, dass wir jeweils vertreten sind, um die Quervernetzung zu gewährleisten. Vorträge und Veranstaltungen habe ich erwähnt.

Schwerpunktthema urbane Solarwende (AG 1)



- Solarenergie, insb. PV, hat große urbane Potenziale – aber derzeit noch sehr geringe Anteile, große Hemmnisse, schwierige Rahmenbedingungen
- Empfehlungen (Auswahl)
 - An die Bundesregierung
 - Deutliche Ausweitung von Mieterstrom und Eigenverbrauchsmodellen (Hinweis: EU-RED-Novelle geht genau in diese Richtung!)
 - Förderliche Regeln für Speicher und Sektorkopplung
 - An die Landesregierung
 - Verwaltungsvorschriften und Planwerke pro Solarinstallation anpassen
 - Konsequente Vorbildrolle des Landes
- Stellungnahme veröffentlicht und vorgestellt, dem Masterplan-Prozess (SenWEB) übergeben
- KSR-Mitglieder begleiten „Masterplan Solarcity“



Quelle Grafik: Broschüre „Klimaneutrales Berlin 2050 – Ergebnisse der Machbarkeitsstudie“, S. 17

Erstes Schwerpunktthema, das wir uns gesetzt haben: Wir wollen zum einen den großen Schwerpunkt Erzeugung und zum Zweiten den großen Schwerpunkt Verbrauch adressieren. Beim Thema Erzeugung haben wir im Bereich der Städte im Wesentlichen die Solarenergie, auf die wir große Hoffnungen setzen, die große Potenziale hat. Es geht aber oder ging damals sehr wenig vorwärts. Deswegen haben wir gesagt, es ist ein erster großer Schwerpunkt. Es war klar: Aus dem Prozess des BEK, wo das schon viel diskutiert worden ist, sollte dann – was jetzt auch stattfindet – die Masterplaninitiative weiterentwickelt werden. Wir waren sozusagen das Bindeglied im Vorfeld dieser Masterplaninitiative und haben vonseiten des Klimaschutzrates dem Ganzen noch ein bisschen Rückenwind und ein paar Impulse geben wollen.

Wir haben insofern Empfehlungen formuliert, die zum Teil natürlich an den Bund gehen müssen und die dankenswerterweise bereits zum Teil aufgegriffen worden sind in einer Initiative an den Bundesrat mit deutlicher Ausweitung von Mieterstrom und Eigenverbrauchsmodellen. Was ich ganz wichtig finde: Wir sind jetzt nicht nur im Hinblick auf den Bundesrat diejenigen, die das unterstützen, sondern mittlerweile kommen auch von oben, von der EU-Ebene genau diese Impulse, die im Moment auf der Bundesregierungsseite verschleppt werden. Das heißt, die Novelle der Richtlinie der EU wird dem Ganzen ziemlichen Rückenwind geben, und das bedeutet einen großen Gestaltungsspielraum, den man auch auf Bundesebene nutzen sollte, um den Bund in diese Richtung ein bisschen zu treiben.

Wir brauchen klare Regeln für Speicher und Sektorkopplung, dazu haben wir eine Reihe von Ausformulierungen gemacht. Die Landesregierung muss unter diesen schwierigen Bedingun-

gen agieren, das heißt, sie muss hier die Rahmenbedingungen, Verwaltungsvorschriften und Planwerke für die Solarenergie verändern, die im Moment noch so gestrickt sind, dass das kein Selbstläufer ist. Wir haben enorm viele Gebäude und Sanierungen, wo eben noch nichts passiert. Das ist auf der Agenda, und im Prozess des Masterplans hat man sich hier auch hoffentlich vorgenommen, das zu beseitigen. Die sind da, glaube ich, auf einem ganz guten Weg. Die Vorbildrolle, die ja gesetzlich festgeschrieben ist, wo auch einiges drinsteht zum Thema Solarenergie, macht sich im Moment auch noch nicht sichtbar bemerkbar. Auch das muss deutlich verbessert werden.

Diese Stellungnahme ist veröffentlicht, das heißt, da haben wir schon einen Abschluss. Die können Sie einsehen, die haben wir schon an diversen Stellen vorgestellt, insbesondere auf einer öffentlichen Veranstaltung zum Masterplanprozess, wo wir das dem verantwortlichen Ressort, den Kollegen von SenWiEnBe, übergeben haben. Wir sind auch als Mitglieder in diesen Masterplanprozess involviert.

Schwerpunktthema energet. Gebäudesanierung (AG 2)



- Herausforderung klimaneutraler Gebäudebestand, kaum positive Entwicklungs dynamik bei Dämmung und Heizung, viele Hemmnisse und Zielkonflikte (Mietensteigerung etc.)
- Empfehlungen (Auswahl)
 - Ambitionierte und konsequente Umsetzung der Maßnahmen im BEK, Hebelwirkung sicherstellen
 - Sozialverträglichkeit sicherstellen
 - Förderung von Sanierungsfahrplänen, Heizungstausch, Fenstersanierung
 - Quartierslösungen fördern
- Empfehlungen werden teils. bereits durch BEK adressiert – hier ist die Frage der Wirkung und des Monitoring entscheidend
- Stellungnahme noch in Abstimmung / im Prozess
- KSR-Mitglieder u.a. im Begleitkreis der Machbarkeitsstudie Kohleausstieg aktiv
- Gespräch mit Senatorin Lompscher im KSR für 2019 geplant

Der zweite Schwerpunkt: Gebäudeseitig, bzw. wenn ich mir Wärmewände angucke und die Frage, wie wir den Verbrauch adressieren, dann ist das Thema energetische Gebäudesanierung – das wissen wir nach dem BEK – das ganz zentrale. Das ist der größte Verbrauchsbe reich mit über 50 Prozent. Hier kommt auch vergleichsweise wenig Dynamik in Gang. Das heißt, das ist die zentrale Herausforderung, ohne die wir auch die Erzeugungsseite nicht richtig in den Griff kriegen. Wir müssten viel zu viel grüne Energie erzeugen, um den heutigen Bedarf zu decken. Das heißt, da muss was passieren. Wir haben eine Reihe von Zielkonflikten

und Problemen. Deswegen wollen wir da verstkt, wahrscheinlich wärend unserer gesamten Amtszeit, draufschauen. Insofern ist das jetzt hier ein Zwischenschritt.

Wir haben ein Thesenpapier, aus dem sich erste Empfehlungen ableiten lassen. Das heißt natürlich eine ambitionierte und konsequente Umsetzung der Maßnahmen, die wir im BEK haben, und dort mussen wir auf die Hebel achten, die eine besondere Wirkung entfalten. Das Thema Sozialverträglichkeit ist enorm wichtig, weil das ein großer Hemmschuh ist. Wir haben im Moment eine Reihe von Beratungsinitiativen in Planung und in Vorbereitung, teilweise auch schon in Umsetzung. Da halten wir den Ansatz von Sanierungsfahrplänen für die öffentlichen, aber auch für die privaten Gebäude, für ganz wichtig. Heizungstausch: Da läuft jetzt etwas. Fenstersanierung ist ein wichtiger Punkt, auch bei Quartierslösungen. Ich habe hier nur Stichworte aufgefrt, die haben wir alle mit deutlich mehr Futter untersetzt.

Diese Empfehlungen oder Thesen, die wir formuliert haben: Einiges davon wird bereits im BEK adressiert. Hier ist dann die Frage: Wie wirksam wird das ein? Wie wird das nachgefragt? Das heißt, hier muss eine enge Begleitung erfolgen, z. B. bei einem Förderprogramm für Sozialverträglichkeit, ob das tatsächlich nachgefragt wird und zu diesem Impuls führt, den wir uns davon erhoffen. Die Stellungnahme ist gegenwärtig noch in der Diskussion, im Prozess, und wir sind auch in weiteren Gremien aktiv, die dieses Themenfeld berühren. Da will ich die Machbarkeitsstudie Kohleausstieg hervorheben.

Wir haben geplant, dass wir das verantwortliche Ressort, das für Bauen und Sanieren zuständig ist, die Senatorin Lompscher, noch in diesem Jahr in eine Klimaschutzratssitzung einladen und mit ihr ihre Sicht diskutieren, wie das zusammengeht und wie dort die Zielkonflikte gesehen und gelöst werden, damit Klimaschutz realisiert werden kann.

Schwerpunktthema urbane Geothermiepotenziale (AG 3)



- Zusammenhang und Herausforderung:
 - eine Vielzahl von Studien sehen sehr hohe urbane Wärmepumpen-Potenziale
 - Wärmepumpen arbeiten mit Erdwärme deutlich effizienter (im Vgl. zu Luft)
 - geothermische Anlagen werden aus Gründen des Grundwasserschutzes jedoch in B kaum realisiert
- Agenda
 - Problem- und Potenzialanalyse im Detail, Ausloten von mögl. Maßnahmen und Kriterien, die geothermische Nutzungen unter Einhaltung eines hohen Grundwasserschutzes ermöglichen

Ein drittes Projekt, das wir uns jetzt vorgenommen haben – da hatten wir gestern eine sehr intensive gute Arbeitssitzung –, ist das Thema urbane Geothermiepotenziale. Das ist ein wichtiger Bereich in der Erzeugung. Wenn Sie sich Studien für 2040, 2050 angucken, dann sehen Sie: Auf Wärmepumpentechnologien und Geothermie wird sehr viel gesetzt, gerade auch im städtischen Raum. Wir in Berlin haben die besondere Herausforderung, dass wir hier aus dem Grundwasser unser Trinkwasser schöpfen. Das heißt, das ist ein sehr schützenswertes und wichtiges Gut, das ist von allen auch anerkannt. Aber gleichzeitig ist das im Moment ein Problem, um geothermische Projekte und perspektivisch auch Speicherprojekte zu realisieren – hier also wieder ein klassischer Zielkonflikt. Den wollen wir angehen. Wir haben gestern mit den Kolleginnen und Kollegen von der Wasserbehörde zusammengesessen. Wir haben auch die Berliner Wasserbetriebe und Energieversorger mit dabei und versuchen, diese Zielkonflikte zu adressieren. – Das war eine kleine Reise durch unsere Arbeit.

Weitere Aktivitäten / Positionen



- Klare Positionierung pro CO₂-Preis
 - KSR sieht sozial- und wirtschaftsverträglichen CO₂-Preis für notwendig und machbar an
 - vgl. Stellungnahmen der AG 1 und AG 2
 - Belastung von Berliner Bürgern und Wirtschaft wäre vorauss. gering / in weiten Teilen aufkommensneutral gestaltbar
 - Erkenntnis aus Veranstaltung zum Thema CO₂-Preis am 28.3.2019, u.a. mit Senatorin Günther, P. Graichen/agora, Klaus Mindrup/MdB SPD
- Fachkräftemangel stärker adressieren
 - vgl. Stellungnahmen der AG 1 und AG 2
- KSR-Meinungsbild zum Thema BEK-Monitoring (TOP der Sitzung vom 5.4.2019)
 - Dringende Empfehlung: zumindest ausgewählte Effekte des BEK müssen im Monitoring quantitativ sichtbar gemacht werden
 - Eine deutlich frühere Veröffentlichung der Energie- und CO₂-Bilanz ist anzustreben

Als letzte Folie ein Querschnitt daraus: Wir haben in der Befassung mit diesen Themen festgestellt – was für so ein heterogenes Gremium nicht selbstverständlich ist, wenn Sie die IHK und auch die Energiewirtschaft dabei haben –, alle haben sich hinter so ein Instrument wie den CO₂-Preis gestellt, was uns dazu geführt hat, dass wir gesagt haben, das wollen wir auch mal sichtbar machen. Wir haben dazu eine Veranstaltung durchgeführt, wo dankenswerterweise auch die Senatorin Günther mit dabei war und gesprochen hat.

Ich denke, dass ich für alle Beteiligten sagen kann – das können Sie auch den Stellungnahmen, die wir bisher verfasst haben, entnehmen –, dass wir der Meinung sind, das kann man zielführend, sozialverträglich und auch verträglich für die Wirtschaft einführen, und es ist auch absolut notwendig, um im Klimaschutz voranzukommen. Wir haben übergreifend in den Themen, die wir adressiert haben, Sanierung und Solar, den Fachkräftemangel gesehen und angesprochen und ein paar Empfehlungen dazu ausgesprochen. Ich denke, das wird uns auch noch als ein Schwerpunktthema beschäftigen in der Zeit.

Ganz frisch als einen kleinen Punkt aus der Werkstatt der letzten Klimaschutzzratssitzung: Da haben wir das Thema Monitoring adressiert, das BEK-Monitoring. Das ist sicherlich etwas, wo uns schon viele Städte beneiden können, dass wir mit so etwas beginnen, dass wir so etwas aufsetzen und versuchen, da transparent zu sein, aber unser Eindruck war, dass wir hier noch deutlich mehr sichtbar machen müssen, damit Sie innerhalb einer Legislaturperiode sehen können, was diese Maßnahmen eigentlich bewirken. Im Moment haben wir eine CO₂-Bilanz, die immer ein paar Jahre zurückhängt. Es gibt die Ankündigung, dass sich der Rhythmus der Veröffentlichung einer solchen Bilanz deutlich verkürzt. Das begrüßen wir sehr, und es ist absolut notwendig, um politische Wirksamkeit überhaupt beobachten und gegensteuern zu können. – Das also als kleine Reise durch unsere Tätigkeit.

Ich denke, es macht Sinn, dass wir über die Art und Weise reden, wie wir als Klimaschutzzrat mit Ihnen, den Abgeordneten, in einen Dialog treten können. Ich würde sagen, das gegenwärtige Format ist verbesserungsbedürftig, weil wir jetzt gar nicht mandatiert sind, für den Klimaschutzzrat auf Ihre spontanen Fragen zu antworten. Wir können eine Einschätzung geben, was wir denken, was der Klimaschutzzrat dazu meint, aber wenn wir ein solches Format noch mal machen, wäre es gut, wenn Sie Fragen oder Teile der Fragen, die Sie sowieso haben, so rechtzeitig stellen, dass wir uns als Ausschuss auch damit befassen können. Ein anderer Weg könnte sein, dass Einzelne von Ihnen an einer Sitzung bei uns teilnehmen und wir eine Extrasitzung mit Abgeordneten machen. Das wären zwei Vorschläge dazu. – Vielen Dank!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Wir danken Ihnen, Herr Prof. Hirschl! – Frau Dr. Kühnel! Wollen Sie direkt ergänzen? Sie haben schon die nächste Generation von Klimaschützerinnen mitgebracht. Das freut uns sehr. Sie haben es auch vorher angekündigt.

Dr. Christine Kühnel (Klimaschutzzrat, BUND): Vielen Dank! – Ich muss vorwegschieben, dass ich ggf. kurzfristig rausgehen muss, wenn diese Kleine hier Hunger bekommt oder anderweitig so unruhig wird, dass wir hier nicht mehr vernünftig reden können. Etwas ergänzen würde ich jetzt nicht. Wir haben die Präsentation vorher durchgesprochen. Aber ich bin auch hier, um etwaige Fragen beantworten zu können, wie Herr Hirschl schon sagte, vor allen Dingen als Person Christine Kühnel, sicherlich auch ein Stück weit als stellvertretende Vorsitzende des BUND. Die Schwierigkeit, für den Klimaschutzzrat in Gänze zu sprechen, wurde ja schon erläutert. – Danke!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Herzlichen Dank! – Wir haben bereits einige Wortmeldungen von den Abgeordneten. Die Senatorin wird nach der Aussprache dazu Stellung nehmen. Zunächst hat Dr. Efler das Wort, danach ist Herr Kössler dran.

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank erst mal! – Ich freue mich auch sehr, dass Sie hier sind und Ihre Arbeit vorgestellt haben. Wir sind sowieso schon länger intensiv im Kontakt,

und ich hoffe, dass wir es noch intensivieren können. Ich würde zunächst zum Klimaschutzrat selbst ein paar Punkte ansprechen. Wenn ich es richtig sehe, gibt es jetzt ein Thesen- oder Empfehlungspapier zur Solarenergie. Das ist, glaube ich, vom November letzten Jahres. Das ist bisher das einzige Papier, das als offizielles Positionspapier des Klimaschutzzrats zu werten ist. Alle anderen Papiere – Sie haben ja eins angesprochen – sind noch in der Abstimmung, z. B. das Thesenpapier zur energetischen Sanierung. – Gut! Eine Bitte wäre, dass wir als Abgeordnete diese Thesenpapiere dann direkt bekommen. Ich habe dieses Papier zur Solarenergie relativ spät bekommen, erst vor Kurzem in Vorbereitung auf die Sitzung. Es wäre ganz schön – es ist, glaube ich, auch nicht so aufwendig –, wenn man das direkt an uns durchstellt. Ich finde die Idee, dass man auch mal Parlamentarier zur Sitzung des Klimaschutzzrats einlädt, sehr gut. Das finde ich total spannend, würde ich auf alle Fälle aufgreifen.

Zur Zusammensetzung des Klimaschutzzrats: Meine Position kennen Sie schon. Ich halte diese Zusammensetzung für nicht ausgewogen genug, weil aus meiner Sicht hier eine sehr deutliche Wirtschaftslastigkeit da ist. Es fehlen aus meiner Sicht Mieterschützer und Verbraucherschützer. Gerade wenn man das Thema energetische Sanierung behandelt, das ja sehr viele Aspekte hat, die da reinfallen, dann macht das Sinn, aber auch bei der Solarenergie haben wir durchaus entsprechende Geschichten. Von daher möchte ich da auch noch mal hören, wie Sie das sehen, ob man hier nicht vielleicht eine gewisse – ohne das Gremium arbeitsunfähig zu machen, darum geht es ja nicht – Aufstockung vorsehen sollte.

Dann habe ich noch eine gezielte Frage zur Solarenergie. Die ergibt sich aus dem Papier, das Sie veröffentlicht haben. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen haben wir ein gewisses Problem in Berlin, dass sowohl z. B. bei der Schulbauoffensive, aber auch aus den Bezirken immer wieder die Rückmeldungen kommen: Es geht nicht, wir können das nicht machen, das ist alles nicht wirtschaftlich. – Da haben Sie jetzt geschrieben, das hängt auch mit den Vorgaben der Landeshaushaltssordnung zusammen, und man sollte sich mal überlegen, wie man das ändern könnte. Vielleicht könnten Sie diesen Punkt noch mal ausführen. Woran liegt es genau, dass diese Wirtschaftlichkeit nicht da ist oder nicht gesehen wird, und wie kann man es ändern? Das ist ja ein Schlüssel, da müssen wir unbedingt ran.

Dann die Frage: Wie stehen Sie zur Einführung einer gesetzlichen PV-Pflicht, also zu einer Installationspflicht für Photovoltaikanlagen im Neubau, vielleicht auch bei größeren Bestandsmaßnahmen? – Zur Geothermie würde ich gern, weil es ein bisschen knapp war, noch etwas mehr hören. Wie hoch ist da das Potenzial? Wo sollte man ansetzen? Was sind da die größeren Hemmnisse?

An den Senat habe ich zwei Fragen, zum einen zum Thema CO₂-Abgabe, CO₂-Bepreisung. Wir hatten gerade eine sehr schöne Veranstaltung, an der ich auch teilgenommen habe. Es gibt jetzt auch eine Bundesratsinitiative aus dem Land Schleswig-Holstein. Schließen wir uns dieser Bundesratsinitiative an? Ist das schon geschehen oder beabsichtigt? Gibt es da schon in irgendeiner Form eine Positionierung des Senates? Dann, weil wir auch das Thema Kohleausstieg quasi mit auf der Tagesordnung haben: Meine Partei hat schon im letzten Jahr einen Landesparteitagsbeschluss gefasst, dass sich das Land Berlin der sogenannten Powering Past Coal Alliance anschließen möge. Jetzt habe ich gesehen, die Grünen haben das auf ihrem Parteitag auch beschlossen. Die Frage an den Senat ist, wann der Beitritt zu dieser Allianz stattfinden wird. – Danke schön!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Vielen Dank! – Nun hat der Kollege Kössler das Wort, danach Herr Freymark.

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Fragen schließen unmittelbar an, erst mal auf der allgemeinen Ebene, wie der Klimaschutzrat die politische Steuerung in der Stadt nicht nur durch den Senat, sondern auch durch das Nachhalten durch das Abgeordnetenhaus einschätzt und wo er da vielleicht Tipps und Verbesserungsvorschläge hat. Mich würde auch eine Einschätzung der Ausstattung des Klimaschutzes nicht nur im Senat, sondern auch in den Bezirken im Land Berlin interessieren – das ist ja angesichts der Aufgabe doch relativ dünn besetzt. Ich würde gern wissen, welche Erfahrungen Sie dort gemacht haben, ob es vielleicht aus anderen Städten oder anderen Gegenden Best Practices gibt.

Zum Thema Gebäude: Sie haben die Sanierungsfahrpläne angesprochen. Da wäre die Frage, ob Ihnen ein Instrument bekannt ist, mit dem Sanierungsfahrpläne möglichst schnell in die Breite getragen werden können. In dem Solarpapier sprechen Sie unter Punkt 5.5 ja auch Solarthermie an, also erneuerbare Wärme, und gehen auf das zukünftige Gebäudeenergiegesetz des Bundes ein. Nun gut, da kann man jetzt verschiedener Meinung sein. Mich würde interessieren, was Sie uns als Land empfehlen. Von der Bundesebene scheint da nicht so schnell was zu kommen. Ganz konkret würde mich eine Einschätzung des baden-württembergischen Modells interessieren, ob das nicht auch was für Berlin wäre, um Sanierungsfahrpläne, erneuerbare Wärme möglichst wirtschaftlich, aber auch schnell in die Breite zu bekommen.

Sie haben die BEK-Maßnahmen angesprochen. Da habe ich die Rückfrage, ob Sie dort Bedarf für weitere Priorisierung im Gebäudebereich sehen. Sie haben auch die soziale Frage angesehen. Glauben Sie, dass die Maßnahmen im BEK zur Flankierung dieser sozialen Frage ausreichen, oder müssen wir uns da noch mal zusammensetzen? Wenn die ausreichen, mit welcher Priorisierung würde man das machen? Wie schätzen Sie die Umsetzung ein?

Zum Thema Solar hat der Kollege Efler schon einige Fragen gestellt. In der Tat: Die Solarpflicht haben auch wir als Grüne am Wochenende beschlossen. Da würde mich eine Einschätzung von Ihnen interessieren. Meine drei Fragen darüber hinaus zu Ihrem Solarpapier sind schon von Herrn Efler gestellt worden. Können Sie uns noch etwas zur Wirtschaftlichkeit der PV-Anlagen sagen? Sie haben unter den Empfehlungen bei „Verwaltungsvorschriften“ unter Punkt 5.1 geschrieben:

Klärung über die voraussichtliche Dauer der Aussetzung der Kosten für den Anschluss/Zählersetzung von Photovoltaikanlagen

Den Punkt verstehe ich einfach nicht. Und danach:

verbindliche Standards bei der Umsetzung des Denkmalschutzes.

Das ist mir jetzt öfter begegnet, Denkmalschutz als Problem. Vielleicht könnten Sie dazu noch ein, zwei Sätze sagen.

Abschließend die Frage nach der Bilanz: Ja, wir wollen die Bilanz auch schneller haben. Wir wollen, wenn wir uns 2021 der Wiederwahl stellen, auch sagen, ob wir die 2020-Klimaziele erreicht haben. Da muss man sich ehrlich machen. Geht es denn schneller? Wo ist das Prob-

lem? Auf Bundesebene habe ich die Zahlen am 3. Februar. Warum habe ich die auf Landesebene nicht? Vielleicht kann mir der Senat das auch erklären. Beim Monitoring sage ich aber ganz klar: Ja, ich will auch mehr Zahlen haben, mich interessiert das, aber ich muss nicht von einer Verwaltung wissen, wie viel CO₂ durch einen neuen Radweg eingespart wurde. Es ist ein wahnsinniger Aufwand, so etwas auszurechnen mit irgendwelchen Verkehrskonzepten, und ein Radweg hat so viele zusätzliche Vorteile und ist ja offensichtlich gut für den Klimaschutz – das brauche ich nicht. Also welche Maßnahmen würden Sie vorschlagen, wo es sich lohnt, wirklich noch mal konkret zu gucken und das CO₂ zu messen, um diese Vorbildwirkung, diese Erklärwirkung in die Stadt hinein zu haben? Das muss man ja nicht bei allen Maßnahmen machen.

Zu guter Letzt: Was ich mir vom Klimaschutzausschuss wünsche, ist, die Zielkonflikte noch klarer zu benennen. Wir sind in einer Zeit, wo Klimaschutz nicht mehr einfach nur Green Growth ist, und wir machen einfach mal ein bisschen, und das ist alles die Wirtschaft der Zukunft. Das stimmt, aber es gibt auch Zielkonflikte, und die muss man benennen. Da sehe ich Ihre Aufgabe, uns ganz klar zu sagen: Liebe Politik! Hier müssen Sie sich einfach entscheiden, in welche Richtung es geht.

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke sehr! – Kollege Freymark hat das Wort, danach bin ich auf der Redeliste.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Dr. Kühnel! Herr Prof. Dr. Hirschl! Erst mal auch im Namen der CDU-Fraktion danke für Ihre Arbeit! Zum Klimaschutzausschuss – der ehrenamtlich arbeitet, er muss ja auch schauen, wo er die Kapazitäten hennimmt, Termine zu finden etc. –: Alles, was ich jetzt sage, ist gar nicht so kritisch in Ihre Richtung gemeint. Trotzdem, glaube ich, ist es richtig, dass wir hier ehrlich darüber sprechen. Georg Kössler hat es gerade schon deutlich angemerkt. Der Klimaschutzausschuss existiert nach unserer Wahrnehmung seit dem Jahr 2007. Damals war man noch ein bisschen stärker auf Brandenburg fokussiert, und dann wurde mit jeder Wahlperiode auch ein neuer Klimaschutzausschuss eingesetzt, alles nachvollziehbar. Ich glaube, das weiß kein Mensch. Die Wahrheit ist, dass Sie in der Arbeit, schon allein in Ihrem Auftrag für uns nur schwer berechenbar sind. Hier steht ja, das Expertengremium berät Senat und Abgeordnetenhaus. Jetzt haben wir zur Halbzeitbilanz der Koalition erstmals ein Gespräch mit Ihnen, was weniger ein Vorwurf an Sie ist, mehr an uns selbst oder vielleicht auch an die Senatsbank. Wir müssen uns also überlegen: Ist es nicht vielmehr auch die Aufgabe, dass wir alle drei oder sechs Monate einen Bericht bekommen, dass vielleicht Protokolle im Internet stehen? Je nachdem, wie oft Sie überhaupt tagen, ich will Sie gar nicht überfordern. Sie werden sich ja nicht monatlich treffen, sondern ich gehe davon aus, dass Sie sich viertel- oder halbjährlich zusammensetzen. Dann haben sich ein, zwei Leute zusammengefunden, zum Glück, und dieses Solarpapier geschrieben, was schon viel Arbeit war, und haben die Hälfte davon an die Bundesregierung adressiert, ohne dass wahrscheinlich deswegen drei Briefe ausgelöst wurden oder sieben Fachgespräche stattfinden konnten, und wir sechs Fraktionen wurden bisher auch kaum eingebunden.

Also die Frage in Ihre Richtung, Herr Prof. Dr. Hirschl, ist: Wie lautet Ihr konkreter Auftrag? Was ist Ihr Ziel? Wo wollen Sie 2021 stehen? Und an die Senatsverwaltung: Was ist Ihr Ziel mit diesem Klimaschutzausschuss bzw. auch in Kombination von uns allen gemeinsam? Ist es das Ziel, dass wir hier tatsächlich Klimaschutz betreiben, oder ist es eher so ein bisschen, na ja, wir haben jetzt mal drei, vier, fünf, sechs Experten gefunden? Ich kenne 80 Prozent der beteiligten

ligheten Personen auf diesem Bild. Niemand von denen hat mich jemals auf den Klimaschutzrat angesprochen. Ich habe mit jedem von denen schon mal gesprochen, Klimaschutzrat war noch nie ein Thema, wir haben eher über das Wetter geredet als über den Klimaschutzrat. Zweiter Punkt, Arbeitsschwerpunkte – [Zuruf] – Vielleicht liegt es auch an mir, ich bin da nicht frei von Selbstkritik. Ich stelle nur fest, es ist keine stadtgesellschaftliche Debatte, oder es spielt keine große Rolle, auch in diesem Hohen Haus nicht, was der Klimaschutzrat produziert und macht. Hätten wir es nicht als Besprechungspunkt auf die Tagesordnung genommen – also die Koalition, die es ja aufgerufen hat –, wäre es wahrscheinlich gar kein Thema gewesen.

Deswegen die Frage: Welche Arbeitsschwerpunkte existieren? Wie sieht die Halbzeitbilanz tatsächlich aus? Welche Potenziale werden bei der CO₂-Einsparung überhaupt erkannt, also auch messbar gemacht? Wir brauchen uns doch nichts vorzumachen: 95, 96, 97 Prozent der Stadtgesellschaft wissen gar nicht, welche Einsparpotenziale und welche Notwendigkeiten da sind, hier umzusteuern. Deswegen ist Ihre Arbeit ja auch so wichtig und so wertvoll. Deswegen will ich die ja auch anerkennen.

Dann haben wir eigene Gebäudebestände. Wir hatten gestern eine Hauptausschussreise. Stadt und Land hat 1 800 Wohneinheiten in Altglienick aufgekauft. Die haben mit uns eine Dreiviertelstunde über alles geredet, aber mit Sicherheit nicht über Solar oder energetische Sanierung oder Ähnliches. Zugleich sind Sie aber sehr mutig und sagen: Wir brauchen eine Förderung von Sanierungsfahrplänen, Heizungstausch, Fenstersanierung, Quartierslösungen. Das unterstütze ich voll und ganz. Fühlen Sie sich da auch unterstützt von der Senatsseite? Sehen Sie dafür konkrete Programme, die uns vielleicht verborgen geblieben sind, die aber in der Schublade liegen und morgen oder übermorgen auf den Tisch kommen und dazu führen, dass Ihre Arbeit noch erfolgreicher ist?

Abschließend das Thema Öffentlichkeitsarbeit: Wir haben ein echtes Akzeptanzproblem. Wenn die Leute zu Hause ihre Tür zumachen, dann wissen sie, es beobachtet sie keiner, dann wird die Heizung aufgedreht, dann wird dreimal gebadet oder laufen fünf Fernseher. Die Frage ist: Ist es für Sie auch ein Thema, zur Akzeptanz beizutragen? Es ist ja ein Paradigmenwechsel in den Köpfen notwendig, auch wenn einige Kollegen den nicht sehen oder nicht verstehen werden. Deswegen gibt es ja Beratungskonzepte, Cleverer Kiez gab es z. B. damals, oder die Berliner Energieagentur hat etwas – ich bin da auch mal mitgelaufen –, um in Haushalten zu beraten. Wie wollen Sie die Akzeptanz für diesen Paradigmenwechsel bewirken? Wie wollen Sie dazu beitragen? Oder sagen Sie: Herr Freymark! Dieser Auftrag liegt nicht bei uns, das ist zu groß, und in der Richtung können wir am Ende auch gar nichts beitragen.

Vorsitzender Daniel Buchholz: Vielen Dank, Herr Kollege! – Jetzt stehe ich selbst auf der Redeliste, danach ist Herr Schmidt für die FDP-Fraktion dran. Ich gebe mir jetzt selbst das Wort als Sprecher der SPD-Fraktion für Umwelt und Klimaschutz.

Jetzt muss ich doch mal auf meinen Vorredner eingehen. Das war jetzt ein bisschen überraschend. Wir haben jetzt gelernt, im Hause Freymark gibt es drei Badewannen und fünf Fernseher. Das war die erste Feststellung. Die zweite Feststellung ist, dass offensichtlich die CDU-Fraktion oder der Kollege Freymark ein Problem hat, die Arbeit eines beratenden Gremiums – was der Klimaschutzrat ist – von der von exekutiv Handelnden wie z. B. dem Senat zu unterscheiden. Wir helfen da gerne als Koalition. Wir helfen auch insofern schon gerne, als dass wir als Koalition diesen Tagesordnungspunkt beantragt haben – weil Sie jetzt mehrfach

gesagt haben, wir alle hätten das auf die Tagesordnung genommen. Die beiden, Frau Kühnel, die jetzt ganz kurz raus ist, und Herr Prof. Hirschl, sitzen heute hier, weil die Koalition, SPD, Linke und Grüne, das beantragt hat, nicht weil die CDU das wollte. Das sollte man einfach mal feststellen, wenn man hier immer in diesem Plural spricht.

Es waren ja Fragen an den Klimaschutzrat. Ich glaube, der Auftrag ist extrem klar formuliert, der ist nämlich ein gesetzlicher. Herr Prof. Hirschl hat es am Anfang aufgelegt. Eine höhere Festlegung für einen Klimaschutzrat und ein anders beratendes Gremium kann es gar nicht geben, als dass die Legislative – wir als Parlament – definiert: Was hat ein beratendes Gremium zu tun, und was hat es als Aufgaben? – Und dann eben beratend zur Seite zu stehen.

Jetzt zu den Inhalten: Solar und Photovoltaik sind bereits angesprochen worden. Auch ich und unsere SPD-Fraktion sehen die Vorbildrolle, die wir gesetzlich definiert haben im Energiewendegesetz, vorsichtig formuliert, nur zum Teil umgesetzt durch den Berliner Senat. Wir sehen gerade bei den Schulneubauten in Berlin, dass dies eben kein Standard ist. Ich muss gestehen, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis. Wenn es einen klaren Auftrag gibt im Berliner Energiewendegesetz, der lautet, die öffentliche Hand soll vorbildlich wirken und vorbildlich z. B. Solaranlagen bei ihren Neubauten vorsehen, wo man wirklich bei Null anfängt und von Null auf plant, dann kann und darf es weder von der Schulverwaltung noch von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Bauen hundert Nachfragen geben: Ist jetzt diese einzelne Solaranlage wirklich um einen Euro positiv oder negativ gerechnet, und wie sieht dort die Wirtschaftlichkeit aus? – Ich halte das – das sage ich als Abgeordneter – für komplett überflüssig und auch fahrlässig, weil dort ein Gesetzesauftrag nicht ausgefüllt wird. Das muss man einfach mal so sehen. Vielleicht kann uns die Senatsverwaltung UVK hier berichten, ich glaube, Sie setzen sich sehr dafür ein, dass dies passiert. Gibt es dort Fortschritte? – Auch ohne einen grünen Parteitagsbeschluss, wenn ich das mal sagen darf, denn der gesetzliche Auftrag ist schon älter. Das würde mich doch interessieren. Bekommen wir als Land Berlin das jetzt hin? Ich hoffe doch sehr, dass dieser verbindliche gesetzliche Auftrag – ich muss es wieder betonen – auch tatsächlich umgesetzt wird.

Dann die Frage an den Klimaschutzrat: Herr Prof. Hirschl! Sie hatten das urbane Geothermepotenzial angesprochen. Ich erhoffe mir auch einiges davon, muss aber gestehen, ich bin dort auch sehr kritisch, da ich als Umweltpolitiker auch dafür zuständig bin, dass wir unser Grundwasser sauber halten. Wie Sie wissen, gewinnen wir zu fast 100 Prozent unser Trinkwasser auf der eigenen Landesfläche. Das ist extraordinär, das ist etwas ganz Besonders, was es in Großstädten ganz selten gibt. Da ist natürlich die Gefahr sehr groß, wenn Sie bestimmte Schichten im Boden durchstoßen, die bisher alle getrennt sind und wo es eben keinen Wasseraustausch gibt. Wenn das dann durch Geothermiebohrungen passieren kann, was für eine Lösung sehen Sie da? Könnten Sie sich bestimmte Bereiche vorstellen, oder sagen Sie – hinten sitzt ja auch ein Vertreter der Wasserbetriebe im Publikum –, das ist auf dem Stadtgebiet von Berlin wenig bis gar nicht möglich. Mich würde interessieren, wie Sie an diesen Zielkonflikt herangehen.

Dann meine Frage zur Öffentlichkeitsarbeit – da schließe ich mich ein Stück weit dem Kollegen Freymark als Vorredner an –: Wie ist das von Ihnen als Klimaschutzrat gedacht, was die Stellungnahmen von zwei Arbeitsgruppen angeht? Werden es nach Besprechung im gesamten Gremium richtige Beschlüsse des Klimaschutzzrates? Wie soll und wird das bei weiteren Dingen kommuniziert werden? Wie wird dort auch die Öffentlichkeit, wie wird das Abgeordne-

tenhaus einbezogen? Ich würde mich auch sehr freuen, wenn das proaktiv von Ihnen angegangen wird, indem Sie das entweder an das Ausschussbüro schicken oder wir das jeweils als Abgeordnete direkt per Mail bekommen, wenn es beschlossen wurde, nicht mit wochen- oder monatelangem Verzug. Ich glaube, das wäre ein schöner Punkt, genauso wie ich davon ausgehe, dass das in der heutigen Zeit, im Jahr 2019, im Internet veröffentlicht wird.

Ich darf mich auch kurz dem Kollegen Efler anschließen. In Kurzform: Auch die SPD-Fraktion hätte sich gewünscht, dass der Klimaschutzrat noch breiter aufgestellt wird. Ich kann das noch mal eindeutig hier betonen. Auch wir hätten uns jeweils eine Vertreterin/einen Vertreter aus dem Bereich Mieterschutz und aus dem Bereich Verbraucherschutz sehr gut vorstellen können und fragen, ob die Möglichkeit besteht, das Gremium zu erweitern.

Und zum Abschluss meine Frage an den Senat: Monitoring BEK ist angesprochen worden. Da hat das Abgeordnetenhaus für die gesamte Legislaturperiode Mittel von rund 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wie viel davon ist durch den Senat und die entsprechenden Abteilungen bereits verbindlich verplant, und wie viel steht noch aus?

Das war ich als Abgeordneter, jetzt bin ich wieder der Vorsitzende. Herr Schmidt hat das Wort, danach Herr Dr. Taschner.

Henner Schmidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich finde es auch sehr gut, dass wir uns heute mit dem Klimaschutzrat beschäftigen und möchte meine Fragen eher darauf konzentrieren, wie wir als Abgeordnetenhaus ihn besser nutzen können, so wie es auch der Kollege Kössler angesprochen hat. Sie haben ja erwähnt, dass Sie frühzeitige Meinungsbilder, Stellungnahmen usw. an den Senat schicken. Herr Buchholz hat eben auch gefragt, ob wir die nicht kriegen können. Hindert das irgendetwas, wenn wir sehen, was Sie da sagen? Sie sind ja ein Gremium, das auch das Abgeordnetenhaus beraten soll. Gäbe es die Möglichkeit, dass diese Dinge, die Sie da erarbeiten neben den großen Papieren, diese schnellen Stellungnahmen in irgendeiner Form auch ans Abgeordnetenhaus gehen könnten? Denn es ist ja sehr interessant, was wir da an Kompetenz im Klimaschutzrat haben, das würden wir gern mitnehmen.

Zweites Thema, Öffentlichkeitsarbeit: Sie haben ja gesagt, dass Sie auch nach draußen gehen. Gibt es Grenzen in Ihrem Auftrag, was Sie an Öffentlichkeitsarbeit machen können, und reichen die Ressourcen, die Sie haben, für die Öffentlichkeitsarbeit, die Sie machen wollen? Neben der Beratung des Abgeordnetenhauses und des Senats ist es ja schon ganz interessant, wenn die Stellungnahmen des Klimaschutzrats auch breiter in die Öffentlichkeit getragen werden, weil da eben doch ein sehr kompetentes Gremium zusammenkommt. Übrigens, als Bemerkung: Wenn ich mit den Menschen rede, die dort Mitglied sind – es sind ja viele, die man öfter trifft –, dann reden die schon gerne über Klimaschutz. Also man kann jetzt nicht sagen, dass denen das Thema nicht so wichtig wäre.

Als Letztes: Monitoring BEK halte ich für ein großes Thema. Von Anfang an war das eine große Baustelle beim BEK. Wir hatten vor zwei Monaten eine Anhörung im Wirtschafts- und Energieausschuss dazu, wo eigentlich – muss ich mal ehrlich sagen – überhaupt nichts rüberkam, weil nur über das BEK allgemein, aber nicht über Stand und Umsetzung und Nachhalten und Monitoring geredet wurde, jedenfalls viel zu wenig. Was können Sie machen – weil es so ein wichtiges Programm ist –, um dieses Thema Monitoring zu verstärken und auch wirklich – Sie haben es angedeutet – in die Richtung zu kommen, dass man sagen kann, die und die

Maßnahme hat das und das gebracht, von dem, was wir erreichen müssen, haben wir schon soundso viel erreicht? Inwieweit haben Sie überhaupt die Ressourcen und die Möglichkeiten, das zu tun, und welches methodische Vorgehen haben Sie da? – Vielen Dank!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke schön! – Jetzt hat Herr Dr. Taschner das Wort, danach Herr Scholtysek für die AfD.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank! – Von meiner Seite erst mal ganz herzlichen Dank an den Klimaschutzrat, dass Sie das alles so gut organisiert haben. Die AGs halte ich für eine sehr gute Idee, und Sie machen das ja alles ehrenamtlich. Man kann es nicht hoch genug schätzen, dass Sie diese wichtige Aufgabe übernehmen. So weit hinten in der Redeliste ist es natürlich ein bisschen schwierig, ganz neue Punkte einzuführen. Ein paar möchte ich verstärken und ins Detail gehen. Sie haben schon gesagt, die Vorbildwirkung des Landes Berlin funktioniert nicht wirklich. Herr Buchholz hat die Schulen angesprochen. Auch wir als Grünen-Fraktion sehen es als einen erheblichen Mangel, dass das ausgespart bleibt. Bei so einem großen Neubauprogramm müssen wir als Land Berlin deutlich zeigen, wie wichtig Erneuerbare sind. Ich habe mehrere Gespräche geführt, u. a. auch mit dem Stadtwerken, die gesagt haben, sie könnten es sich schon vorstellen.

Jetzt zur Ihrer Arbeit als Klimaschutzrat: Wir haben da ein Problem. Auf der einen Seite hätten wir alle gern, dass die Schulen, wo überall möglich, mit Solar ausgestattet werden. Auch Frau Lompscher würde ich nicht unterstellen, dass sie dem abgeneigt ist. Wie können wir das lösen? Manchmal denke ich: Soll sich Frau Lompscher mit den Stadtwerken zusammensetzen, das könnte vielleicht ganz schnell gehen. – Sehen Sie Ihre Rolle als Klimaschutzrat so, da auch mal proaktiv z. B. reinzugehen und zu sagen, jetzt setzt euch doch mal zusammen, und lasst uns die Sache noch mal überprüfen? Das ist schon wichtig. Wir haben das gesetzlich verankert. Ist das eine Möglichkeit, wo Sie ein bisschen mit eingreifen können?

Das Thema Denkmalschutz ist von Herrn Kössler schon angesprochen worden. Auch das war bisher und ist nach wie vor ein großes Hindernis. Mich wundert immer, wenn es z. B. um den Bau des Hertha-Stadions geht oder auch um die Sache in Siemensstadt geht, wenn ich da in der Zeitung lese, dass das Weiterentwicklung des Denkmalschutzes ist, wenn man ein neues Stadion reinkauft oder dass man das mit dem Denkmalschutz hier in Siemensstadt mal nicht ganz so ernst nehmen muss. Sehen Sie, dass wir in die Richtung kommen müssen, gerade wenn es um die Errichtung von Solaranlagen geht, dass eine ähnliche Haltung des Denkmalschutzes in den Köpfen Einzug hält, und wie können Sie das weiter befördern?

Zur neuen AG Geothermie: Finde ich eine Supersache, dass sich dieses Themas angenommen wird. Ich habe das Gefühl, und das habe ich heute auch rausgehört, da gibt es immer noch so ein bisschen Vorbehalte und Ängste wegen unseres Trinkwassers. Ich glaube, da könnten wir über so eine AG zu einer Versachlichung beitragen.

Letzter Punkt – weil es von Linken und SPD angesprochen wurde, die ja für eine Erweiterung plädieren –: Jetzt gibt es ja die AGs, und soweit ich richtig informiert bin, sind in den AGs durchaus noch andere Akteure als Berater mit drin, die man sich themenspezifisch reinholt. Ist das vielleicht eine Möglichkeit, wo man sagt, na ja, wenn wir über energetische Gebäudesanierung reden, dann ist es ja selbstverständlich, dass wir Mieterin, Mietervereine, Verbraucherschützer reihenholen? Würde das eine Möglichkeit sein, dieses Problem zu lösen, die-

ses Gremium Klimaschutzrat nicht formell zu erweitern, aber in seiner Arbeit in den Arbeitsgruppen breiter aufzustellen?

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke schön! – Jetzt hat der Kollege Scholtysek für die AfD-Fraktion das Wort und dann abschließend Frau Platta für Die Linke.

Frank Scholtysek (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wenn ich mir das Bild da oben anschau, dann sehen wir, dass auch Frau Senatorin Günther und Herr Staatssekretär Tidow Mitglieder im Klimaschutzrat sind. Ich stelle mir die Frage, ob es bei einem solchen Gremium, das ja offiziell rein beratend tätig sein soll, tatsächlich angebracht oder notwendig ist, dass die Senatorin und auch der Staatssekretär mit in diesem Gremium sitzen. Sollte der Klimaschutzrat nicht eigenständig arbeiten, oder ist das an dieser Stelle gewährleistet, ohne Einflussnahme des Senates? Auch bei der Zusammensetzung des Rates – vielleicht habe ich das falsch interpretiert – scheint es mir so, dass offenbar nur in geringem Maße Personen aus den unterschiedlichen interdisziplinären wissenschaftlichen Bereichen involviert sind. Auch da ist die Frage – das wurde eben schon angeschnitten –, ob das evtl. in den einzelnen Arbeitsbereichen zu den einzelnen Schwerpunkten dementsprechend ausgeweitet wird oder ob man das evtl. zukünftig machen könnte.

Dann habe ich eine Frage zur Geothermie: Was sind da die konkreten Schwierigkeiten momentan? Was sind die Gründe, warum im Bereich der Gebäudesanierung Ihrer Meinung nach zurzeit zu wenig passiert? Wir haben ja einen großen landeseigenen Wohnungsbestand. Gibt es da aktuell konkrete Maßnahmen, um die Gebäude aus den landeseigenen Unternehmen in ihrer Energieeffizienz zu verbessern? Also wird da momentan konkret etwas umgesetzt, und zwar in größerem, nennenswertem Maße, oder ist da wenigstens etwas angedacht? Wie ist da der aktuelle Stand, damit auch die Landeseigenen hier als Vorreiter aktiv werden?

Gibt es neben den drei genannten Schwerpunktthemen, die Sie hatten – urbane Solarwende, energetische Gebäudesanierung und urbane Geothermie – noch weitere kleinere Themenbereiche, und welche sind das? Werden auch konkret Themen angegangen, die in erster Linie das produzierende Gewerbe in Berlin betreffen, um dessen CO₂-Bilanz zu verbessern? Es wurde schon mehrfach angeschnitten: Auch ich würde gern mehr auf dem Laufenden gehalten werden über das, was aktuell bei Ihnen läuft, und würde mich freuen, wenn wir da Informationen bekommen könnten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke! – Jetzt hat Frau Platta abschließend das Wort.

Marion Platta (LINKE): Vielen Dank auch von mir! – Ich habe nur ein paar Fragen. Ich vergleiche Ihren Beirat gerne mit dem Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege. Was die Informationen betrifft, muss man feststellen, dass der andere Sachverständigenbeirat wesentlich mehr an Unterlagen zu Beschlüssen und Ähnlichem im Netz zu bieten hat als der Klimaschutzrat. Ich bedauere sehr, dass da weniger passiert, obwohl das Thema ja viel breiter aufgestellt ist und wir sicherlich auch im Hinblick auf 2020 wesentlich mehr Beratungs-, aber auch Informationsbedarf hätten.

Dann würde mich interessieren, ob es in Ihrem Gremium auch Vertreter gibt, die sich damit beschäftigen, Vorschläge zu unterbreiten, mit welchen Unternehmen und Verbänden oder Vereinigungen wir noch weitere Klimaschutzvereinbarungen schließen können, um im Land Berlin noch weitere Maßnahmen oder Potenziale zu erschließen, wo noch CO₂-Einsparungen erwirkt werden können.

Dann interessiert mich: Es gibt in dieser Zusammensetzung der Mitglieder sowohl Energieproduzenten als auch -abnehmer. Wie ist das Arbeiten untereinander und miteinander organisiert? Es gibt jetzt ein paar Arbeitsgruppen, einverstanden, aber wie erfolgt es dann konkret bei den Beratungen, wenn darauf hingewirkt werden soll, dass erneuerbare Energien für die Verbraucher oder Energienutzer bereitgestellt werden sollen, aber auf der anderen Seite Vattenfall oder auch die GASAG wie in der Vergangenheit doch mehr mit fossilen Energieträgern arbeiten wollen?

Mich interessiert besonders: Wir haben hier im Land Berlin noch ein großes Unternehmen, das sowohl Rohstoffe sammelt als auch Energieerzeuger ist. Das ist die BSR. Gehört die BSR überhaupt zu keinem Zeitpunkt als Gesprächspartner zu Ihrem Kreis, oder finden die sich dann doch als kompetente Berater in den Arbeitsgremien wieder?

Warum habe ich jetzt noch mal das mit den erneuerbaren Energien und Energieproduzenten angesprochen? – Weil ich glaube, dass wir die Potenziale, die zum Beispiel bei der Wärmegewinnung aus dem Abwasser hier im Land Berlin existieren, auch noch nicht in vollem Maße angewendet haben. Wie werden zum Beispiel die erneuerbaren Energien durch die Berliner Wasserbetriebe noch weiter vorangetrieben und dort an die jeweiligen Verbraucher weitergeleitet? – Danke schön!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke sehr! – Das waren schon sehr viele Fragen und Anregungen. Zunächst hat die Senatsverwaltung in Form des Staatssekretärs die Möglichkeit zur Stellungnahme. Ich darf darauf hinweisen, dass uns die Senatorin um 11.30 Uhr, wie angekündigt, verlassen hat, weil sie wegen der Teilnahme an einem Verwaltungskongress in der Senatskanzlei entschuldigt ist. – Herr Staatssekretär Tidow, bitte schön!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank! – Meine Damen und Herren! Ich will als Allererstes die Gelegenheit nutzen, mich ganz herzlich für die Arbeit des Klimaschutzrates zu bedanken, die – darauf wurde hingewiesen – ehrenamtlich erfolgt, und er hat – wie wir mitbekommen – in gemeinsamen Sitzungen, aber auch in Arbeitsgruppen ein ziemliches Arbeitspensum abgearbeitet.

Der Klimaschutzrat ist einberufen, den Senat, aber auch das Abgeordnetenhaus zu beraten. Das ist auch der Grund, weshalb die Senatorin und auch ich in Person an diesen Sitzungen teilnehmen, weil Beratung besser funktioniert, wenn man auch anwesend ist. Ich will das noch mal klarstellen: Wir sind in Person nicht Mitglied des Klimaschutzrates, aber wir sind zumindest bei den Sitzungen, die bei uns im Haus stattfinden, selbstverständlich anwesend, und natürlich ist dem Klimaschutzrat völlig unbenommen, auch in anderen Beratungsleistungen und auch ohne uns zu tagen. Vielleicht machen Sie das auch. Ich kann es gar nicht im Einzelnen beurteilen.

Wir sind – das ist, glaube ich, gesetzlich normiert – verpflichtet, eine Geschäftsstelle – – Der Klimaschutzrat hat eine Geschäftsstelle, und diese Geschäftsstelle ist bei uns in der Senatsverwaltung angesiedelt, damit der Klimaschutzrat das, was er an Manpower braucht, um seiner Arbeit nachzugehen, zur Verfügung hat.

Die Beschlüsse, auch darauf will ich hinweisen, sind öffentlich. Ich glaube, nach jeder Sitzung wird in Form einer Pressemitteilung darüber informiert, und die Beschlüsse werden ins Internet gestellt. Es spricht aus unserer Sicht überhaupt nichts dagegen – aber das muss der Klimaschutzrat mit der Geschäftsstelle bereden –, dass das selbstverständlich über die Geschäftsstelle auch dem Ausschuss zeitnah zur Verfügung gestellt wird. Aber es ist öffentlich. Es ist mir wichtig, noch mal darauf hinzuweisen.

Die meisten Fragen haben sich an den Klimaschutzrat selbst gerichtet. Ich kann die gar nicht beantworten. Es ist aber einiges auch an den Senat adressiert, und deswegen nutze ich die Gelegenheit, ein paar Punkte aus meiner Sicht zu kommentieren. Die Frage Solarthermie war mehrfach Thema, insbesondere die Nachfrage nach dem Sachstand bei der Schulbauoffensive. In der Tat ist es auch aus unserer Sicht ärgerlich, dass in dieser ersten Tranche der Schulbauten zwar die Statik für die Solaranlagen vorhanden ist – das ist seinerzeit so festgelegt worden, auch unter unserer fachlichen Beteiligung –, dass aber am Ende die Solaranlagen nicht gleich mit beauftragt worden sind. Ich will aber auch deutlich sagen: Dem Senat ist es ein großes Anliegen, dass die Schulneubauten auch mit Solar ausgestattet sind. Insofern ist das überhaupt keine politische Frage, und es gibt gar keinen Dissens. Es gab in Fragen des gesetzlichen Auftrages, den konkreten Vorgaben der Landeshaushaltssordnung sozusagen Auslegungen, die diesen Automatismus schwerer gemacht haben. Wir sind aber auf einem sehr guten Weg. Auch SenUVK ist in Gesprächen mit anderen Senatsverwaltungen, der Stadtentwicklungsverwaltung, mit SenWiEnBe und auch mit den Stadtwerken. Ich gehe davon aus, dass für die erste Tranche an der Frage der Solaranlagen sehr aktiv gearbeitet wird.

Es gibt immer zwei Modelle: Wird sie gleich mitgebaut im Hinblick auf die Eigenversorgung? – Dann ist es relativ schwierig, weil man in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gucken muss, ob es günstiger ist, wenn EE zugekauft wird. Ich will jetzt aber gar nicht in die Niederungen rein, sondern gehe davon aus, dass künftig Solar stärker mitgedacht wird, und auch bei den im Augenblick geplanten Anlagen der ersten Tranche sind wir an Lösungen, auch mit dem Berliner Stadtwerken zu gucken, wie die Flächen sozusagen nachgerüstet werden können. Wie gesagt, ich bin sehr optimistisch, dass wir da eine gute Lösung finden.

Powering Past Coal Alliance, ein zweites Stichwort, auch im Hinblick auf den Antrag: Wir sind im Augenblick zusammen mit der Wirtschaftsverwaltung in der Prüfung. Dazu kann ich im Augenblick noch nicht abschließend Stellung nehmen.

Weil das an uns gerichtet ist: Der Klimaschutzrat muss selbst – ich selbst bin auch an der Auffassung interessiert – im Hinblick auf die Größe des Gremiums etwas sagen. Wir hatten das im Vorfeld lange diskutiert. Der Klimaschutzrat ist insgesamt gegenüber vorherigen Amtsperioden in der Zusammensetzung etwas an Köpfen reduziert, und selbstverständlich werden, das ist Gepflogenheit und Praxis, je nach Themen entsprechende andere Stakeholder einbezogen. Wir sind gerade mit dem Mieterschutz in unterschiedlichsten Gremien senatsseitig immer wieder im Gespräch, und in vielen Formen sind sie auch beteiligt. Wir haben schlicht die Frage: Man kann hier den Mieterschutz, den Verbraucherschutz – – Dann stellt

sich als Nächstes die Frage, wie es mit der Landwirtschaft in Berlin ist und dies und das. Wir haben uns seinerzeit entschieden, den Klimaschutzrat etwas stärker zu fokussieren, und ich bekomme mit, dass das im Hinblick auf die Arbeitsweise, die Beschlussfreudigkeit und Effektivität ein Vorteil sein kann. Jedenfalls wird mir von Mitgliedern des Klimaschutzrates rückgespielt, dass die gegenwärtige Amtsperiode sehr effektiv und sehr arbeitsintensiv ist. Das kann auch mit der Rolle und dem Engagement der Sprecher/-innen zu tun haben, es kann aber auch mit der Größe des Kreises zu tun haben. Da gibt es andere, die das vielleicht besser beurteilen können. Ich kann erst mal nur das wiedergeben, was mir vermittelt wird.

Ein letzter Punkt, weil das Thema Geothermie angesprochen worden ist: Bei Geothermie war die Frage, warum und wie Berlin da begrenzt ist, wie das Potenzial eingeschätzt wird. Ich bin sehr gespannt auf den Rat und die Empfehlung oder die Expertise des Klimaschutzrates. Wir haben, das ist deutlich geworden, Wasserschutzgebiete, wo das von Gesetzes wegen schon schwer ist. Der Vorsitzende hat in seiner Rolle als umweltpolitischer Sprecher darauf hingewiesen, dass wir aber auch topographisch-geographische Besonderheiten in Berlin haben, wo man nicht einfach den Rupelton durchstechen kann, ohne dass man andere Folgen langfristig für die Trinkwasserversorgung abzuwägen hat.

Insgesamt ist, glaube ich, dass Potenzial an Geothermie, auch an Solarthermie, in einem Stadtstaat, ich will nicht sagen, begrenzt, aber es muss abgewogen werden mit anderen Zielkonflikten, die wir haben. Der Abgeordnete Freymark hatte auf Programme hingewiesen oder beim Klimaschutzrat nachgefragt, aber ich kann aus unserer Sicht auch sagen, dass wir im Augenblick sehr aktiv sind. Wir haben gerade erst letzte Woche ein Pilotprojekt eröffnet, wo es um aufsuchende Energieberatung geht, wo wir versuchen wollen, das Sanierungspotenzial, gerade in Ein- und Zweifamilienhäusern, zu heben, die in der Regel von den Eigentümerinnen und Eigentümern bewohnt werden und wo wir uns davon versprechen – die haben nicht so viel Zeit, sich professionell um Sanierungsangelegenheiten zu kümmern –, durch eine aufsuchende Energieberatung und starke Aktionen im Kiez, zu beraten in der Abwägung: Was ist vielleicht sinnvoller: die Kellerdecke zu dämmen, die Außenhülle oder die Fenster austauschen? Was kann ich sonst in meinem Verhalten umstellen? – Ein sehr wichtiges Projekt, und in dem Zusammenhang will ich auch darauf hinweisen – das ist aber dem Ausschuss, glaube ich, bekannt –, dass wir kurz vor der Finalisierung stehen mit einem Heizkesselaustauschprogramm, wo wir ungefähr 6 Millionen Euro investieren wollen, um Menschen zu ermutigen und zu unterstützen, ihre alten Ölheizungen rauszuschmeißen und auf energieeffizientere, bessere und am liebsten innovativste Formen von Wärmeversorgung zu kommen.

In dem Zusammenhang gab es die Frage des Monitorings: Im Abgeordnetenhaus liegt – nicht zu diesem Tagesordnungspunkt, er wird den Ausschuss demnächst erreichen – unser zweiter Umsetzungsbericht vor. Wir sitzen bereits am dritten Umsetzungsbericht. Das ist doch richtig?

Beate Züchner (SenUVK): Für uns schon. Für das Parlament ist das jetzt der erste Bericht und für den Hauptausschuss der zweite, aber insgesamt der dritte.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Wir haben im Grunde eine doppelte Berichtspflicht. Das liegt aber in der Natur der Sache des BEK mit den 100 MaßnahmenSchwerpunkten, dass sich vieles erst jetzt im Zuge der Umsetzung wirklich so konkretisiert, dass man dann auch mit einem Monitoring am Ende genauen nachhalten kann: Wie viele Mittel sind

verausgabt? Wie ist der Effekt? – Viele Maßnahmen werden im Grunde erst in dieser Umsetzungsphase konkret. Es ist nicht allein die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, die Top-down-Maßnahmen anderen Senatsverwaltungen oktroyiert, sondern sie haben ihre Zuständigkeit, und die Maßnahme wird erst in der weiteren Planung konkret. Deswegen bitte ich um Verständnis dafür, dass das Monitoring nicht so funktioniert: Man hat einen Masterplan mit fix umrissenen Maßnahmen und kann dann immer zu jedem Zeitpunkt die aktuelle Bilanz ziehen. – Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Jetzt haben die beiden Anzuhörenden wieder das Wort. Wer möchte als Erstes? – Herr Prof. Hirschl, bitte sehr!

Prof. Dr. Bernd Hirschl (Klimaschutzrat, IÖW): Vielen Dank erst mal für Ihr Interesse und die Würdigung unserer Arbeit! Es war überwiegend doch recht erfreulich, dass Sie sich für die vielen Dinge, die wir bisher zumindest andiskutiert haben, sehr interessieren. Ich habe versucht, die vielen Einzelfragen etwas zu bündeln. Es kann aber trotzdem sein, dass es ein bisschen durcheinandergeht. Ich fange mal an mit dem Punkt unserer Aufstellung, wie wir zusammengesetzt sind, wie wir als Gremium arbeiten und welche Ziele und Produkte wir vorhaben.

Die Zusammensetzung lag nicht in unserer Hand. Wir sind ein berufenes Gremium. Nichtsdestotrotz haben wir selbst im Dialog mit der Senatsverwaltung, die uns berufen hat, darüber diskutiert, wie die Aufstellung sein sollte. Zur Größe wurden jetzt schon die richtigen Hinweise gegeben. Ich habe es auch erwähnt. Es ist tatsächlich förderlich, wenn man nicht zu fünfundzwanzigst dort sitzt, sondern wenn es eine angemessene, arbeitsfähige Gruppegröße ist. Nichtsdestotrotz muss man immer gucken, ob wichtige zentrale Bereiche und Repräsentanten dabei sind, das ist völlig richtig. Da kann man tatsächlich noch eine lange Liste machen und sich dann überlegen, wer aus den Themen, ob es Mieterfragen sind – Eben wurde noch das Thema Abfall mit angesprochen, dann haben Sie Anpassungen, dann haben Sie alles Mögliche. Früh, nach der ersten Berufung, wurde festgestellt, dass das Thema Verkehr nicht repräsentiert war, und insofern sehen Sie an der Fotomontage – Bei der Berufungssitzung war die Kollegin Lenz noch nicht dabei, die ist danach berufen worden. Darüber sind wir sehr froh. Nichtsdestotrotz spielen nicht alle Themen immer in jeder Sitzung eine Rolle, und insofern sind wir zu acht oder zu neunt da, und der eine oder andere, der bei einer Sitzung mit seinem Thema eigentlich gar nicht vorkommt, ist dann auch nicht dabei. Umgekehrt: Wir haben, glaube ich, im Unterschied zu Vorgängergremien tatsächlich eine sehr intensive Arbeitsrhythmus entwickelt zwischendrin, nämlich mit den Arbeitsgruppensitzungen und auch anderen informellen Austauschen. Wir sehen uns oft auch bei weiteren Gremiensitzungen, und da passiert tatsächlich das, was Sie teilweise eingefordert haben: Da holen wir uns die externe Expertise rein.

Sie haben vorhin ein Stichwort genannt: Sind wir interdisziplinär genug besetzt? – Ich würde bejahen, dass wir von den Hintergründen her eigentlich recht breit aufgestellt sind. Was aber wichtig und, glaube ich, zielführend ist: Wir sind kein reines Wissenschaftlergremium, sondern es sind zwei Wissenschaftler dabei. Der Rest ist aus der Praxis. Das ist sehr wichtig, denn uns geht es darum: Wie sollten Dinge umgesetzt werden? Funktioniert das, was gerade gemacht wird? Kann das funktionieren, was aus der Politik oder der Exekutive in der Planung ist? – Da braucht es den praktischen Blick, und der überwiegt. Insofern haben wir eine Mischung aus Wirtschaft, aus Wissenschaft und aus Zivilgesellschaft. Das sind die drei großen

Stakeholder-Gruppen aus verschiedenen Bereichen, die den Klimaschutz betreffen. Wie gesagt, man kann beim Design von so einem Gremium sicherlich noch die eine oder andere Besetzung vornehmen, aber das ist etwas, wo Sie mit den Verantwortlichen, die so einen Rat berufen, denke ich, diesen Dialog weiterführen können.

Was wir machen, in welcher Form und was wir für Ziele haben, habe ich grob beschrieben. Wir haben am Beginn unserer Berufungszeit keine Agenda festgelegt, die die vier Jahre, in denen wir tätig sind, durchdesignt hat, weil dieses Thema völlig im Fluss ist. Wir haben sehr häufig Dinge, die durch eine Veränderung von Rahmenbedingungen eine ganz neue Fahrt und Dynamik aufnehmen oder sich für eine Landesebene erledigen. Umgekehrt sehen wir, dass der Bund seit vielen Jahren nicht besonders ambitioniert im Bereich Klimaschutz unterwegs ist. Das muss dann die Landesebene auffangen, dementsprechend sind das Themen für uns.

Sie haben gesehen, dass wir mit zwei Themen begonnen haben, auch im BEK-Prozess, die, wenn man sich anguckt, was wir an Szenarien dort vorliegen haben, wo wir hinwollen, zwei ganz bedeutende Themen sind. Deswegen waren das zwei, mit denen wir mal anfangen wollten, auch um zu gucken, ob wir als heterogenes Stakeholder-Gremium überhaupt zu gemeinsamen Positionen kommen. Das war mit der Solarenergie der einfachste Testballon, um mal zu testen, ob wir von der Wirtschaft über die verschiedenen Energiewirtschaftsakteure, über die zivilgesellschaftlichen Akteure zu einer gemeinsamen Stellungnahme kommen. Diese Stellungnahme, die wir dann auch abgeschlossen haben, ist, glaube ich, vergleichsweise ungewöhnlich für dieses Gremium, weil sie schon sehr detailliert ist. Wir haben dort tatsächlich in Arbeitsgruppen nicht mit zwei Menschen zusammengesessen, sondern auch wieder mit zehn, fünfzehn Leuten. Die Vertreter haben aus ihren Häusern jeweils Fachexperten hinzugezogen, wir haben externe Experten dabei gehabt. Das ist insofern ein sehr detailliertes Papier, was eigentlich nicht die Flughöhe ist, die wir als Klimaschutzzrat anstreben, und was auch nicht zielführend ist. Das operative Geschäft müssen natürlich die verantwortlichen Ministerien in anderen Gremien machen, also das, was jetzt im Masterplan Solarcity zum Beispiel dann noch detaillierter erarbeitet wird, woraus vielleicht irgendwann mal auch Gesetzesvorlagen in Ihrem Haus entstehen können oder wo Sie dann als Legislative aktiv werden. Das ist eine Flughöhe, die wir gar nicht erreichen können. Insofern hier der Verweis ganz klar: Wir sind ein ehrenamtliches Gremium. Wenn der Begriff „Geschäftsstelle“ gefallen ist, dann ist es eine Unterstützung beim Protokoll unserer Hauptsitzungen, nicht bei den Arbeitsgruppensitzungen. Das organisieren wir alles selbst. Das ist zusätzliche Zeit in dieser ehrenamtlichen Tätigkeit.

Es gibt Räte auf Bundesebene. Die kennen Sie sicherlich: Sachverständigenrat für Umweltfragen und Ähnliches. Die funktionieren so, dass die berufenen Mitglieder Wissenschaftliche-Mitarbeiter-Stellen, also Referentenstellen, was auch immer, an die Seite gestellt bekommen. Wenn wir so etwas hätten, dann könnten wir auch Dinge bewerkstelligen, wie sie jetzt noch gefragt wurden, ob wir Beiträge zum Monitoring leisten können. Das können wir natürlich nicht, logisch. Das ist eine hoheitliche Aufgabe. Wir können Anregungen geben, in welcher Form mehr oder anders gemonitor werden sollte, oder wir können eine Bewertung von Monitorergebnissen vornehmen, eine Einordnung. Das ist unsere Aufgabe. Die Flughöhe, glaube ich, ist eher, dass wir Dinge, die in der Politik laufen oder nicht laufen, tatsächlich zu bewerten versuchen, und wenn wir als heterogenes Stakeholder-Gremium – Ich sage es noch mal bewusst: Wenn die IHK zusammen mit Umweltverbänden, Wissenschaft, Energieversorger etc., wenn wir uns hinter eine Empfehlung stellen, dann ist das, glaube ich, eine ganz

brauchbare Aussage, mit der Politik, Sie als Organ legislativ oder die Exekutive umgehen kann.

Wenn wir den Eindruck haben, damit wird nicht umgegangen, dann ist es für uns eine Option, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, dazu Veranstaltungen zu machen, vielleicht auch die Presse einzubinden, wenn wir das Gefühl haben, wir würden nicht gehört werden. Das ist im Moment nicht so. Deswegen ist eine wichtige Zielrichtung unserer Arbeit tatsächlich das operative Geschäft. Deswegen haben wir die Senatsverwaltungen dort. Es ist wunderbar und auch eine Würdigung unserer Arbeit, wenn Senatorin und Staatssekretär da sind, aber wir arbeiten natürlich auch operativ mit den Senatsverwaltungen. Wenn die zum Beispiel an so etwas wie einer Heizungskessel-Verordnung sitzen, dann bieten wir uns an und sagen: Nutzt die Expertise, die da ist, in Bezug auf die Prüfung, ob das so umsetzbar ist, ob das plausibel ist, ob das den Zielen des BEK entspricht! Das ist ein Weg, der Sie nicht unbedingt erreichen muss, wo wir auch gar keine offiziellen Papiere erstellen. Uns geht es in dem Fall nicht darum, Papier zu erstellen, sondern ganz konkret auch im operativen Geschäft einen Beitrag zu leisten. Ich nehme aber die Frage der Verteilung von Mailings und Ähnlichem, von dem, was einer Rezeption würdig ist, trotzdem mal mit. Das können wir mit der Geschäftsstelle sicherlich auf kurzem Wege klären, das sollte möglich sein. Ansonsten nehme ich auch mit, dass wir versuchen, Dinge, die wir erarbeiten, transparenter zu machen, aber, wie gesagt, bei vielem davon ist im operativen Geschäft sinnvoll, dass es direkt die Adressaten erreicht.

Da gehe ich gleich mal über zu einem Anwendungsbeispiel, die Geothermie, weil die auch öfter mal kam. Das ist ein typisches Beispiel dafür. Das ist keine angefragte Beratung gewesen, sondern da haben wir als Klimaschutzrat gesagt: Das ist ein Thema, was überall, in allen Studien, als großes Potenzial dasteht, wo auch für Berlin große Hoffnungen bestehen, wo jetzt in dem Diskussionszirkel der Machbarkeitsstudie auch Geothermie immer wieder vorkommt, und wir haben aber de facto, was die Genehmigungslage angeht, eine harte Restriktion, auch aus gutem Grund, das haben Sie auch gesagt, aber so kann es natürlich nicht bleiben. Das heißt, wir brauchen Lösungen dafür, wie wir beide Schutzgüter, nämlich Grundwasser und Klima, übereinkriegen, sicherlich mit der Fußnote, dass eine absolute Sicherheit für eine hohe Reinheit und zuverlässige Gewinnung von dem Grundwasser weiterhin gewährleistet sein muss, aber dafür gibt es Lösungen, und solche Lösungskorridore zu erarbeiten, das heißt, die Karte vorzunehmen und zu gucken, wo Bereiche sind, wo man etwas machen kann. Wenn man etwas machen kann: Wie sollte man es machen, unter welchen Kriterien? Was für Anforderungen an Projekte und Unternehmen sollten gestellt werden? Wie kann ein Leitfaden aussehen, dass auch Akteure, die in dem Feld tätig werden wollen, sich daran orientieren können? – Das sind operative Fragen, über die wir mit den zuständigen Senatsverwaltungen im Dialog sind. Wir haben in diese Arbeitsgruppe Akteure eingebunden, die weit über das Spektrum hinausgehen, das wir im Klimaschutzrat haben. Wenn aus dieser Arbeit Empfehlungen entstehen, die dann wiederum unmittelbar in der Umsetzung angewandt werden können, dann wird Sie das natürlich eher nachrichtlich erreichen. Wenn daraus aber auch legislative Vorschläge entstehen, dann ist es natürlich absolut sinnvoll, dass es Sie erreicht und wir dann auch in den Dialog treten über Dinge, bei denen wir der Meinung sind, da sollte möglicherweise gesetzlich oder am Rahmen etwas geändert werden.

Ein Punkt, den mehrere angesprochen haben, Photovoltaik, auch weil wir dazu ein Papier erstellt haben: Wie gesagt, das ist in der Form in Teilen schon im BEK angelegt gewesen, und sehr vieles davon wird sich in diesem laufenden Prozess wiederfinden. Das heißt, wir haben

es offiziell übergeben, und ich habe die Zwischenergebnisse, weil ich auch in dem Gremium mit aktiv bin, immer mal wieder vor diesem Hintergrund gecheckt, inwieweit da Punkte aufgegriffen wurden. Da sind sehr viele aufgegriffen worden, und es wird versucht, gerade bei Verwaltungsproblemen, bei Hemmnissen, die bei der Umsetzung in den verschiedenen Ressorts liegen, zu Lösungen zu kommen.

Konkrete Detailfragen sind ein bisschen schwierig zu beantworten, weil das auch wieder, wie gesagt, von der Flughöhe den Rahmen übersteigen würde. Es waren so ein paar grundsätzliche Einschätzungen gefragt, zum Beispiel Thema Wirtschaftlichkeit. Ja, die Photovoltaik hat es im Moment schwer, weil die Rahmenbedingungen schwierig sind, aber ich sage Ihnen ganz klar, weil des Öfteren auch der Punkt Schulen kam: Als Klimaschutzrat haben wir uns in diesem Papier recht klar positioniert, dass wir der Meinung sind: Auf Schulen gehören Solaranlagen und sei es aus Bildungsgründen. – An der Stelle mit Wirtschaftlichkeit zu kommen, halten wir für nicht angemessen. Das heißt, das ist eine Sache, die man möglicherweise auch auf Ihrer Ebene diskutieren kann. Wirtschaftlichkeit hat natürlich in anderen Anwendungen eine wichtige Rolle, aber an der Stelle geht es uns um den Mehrwert, der insgesamt auch aus pädagogischen Gründen wichtig ist.

Wir haben aber natürlich viele andere Bereiche, wo Wirtschaftlichkeit durchaus etwas mit Regeln zu tun hat, also auch mit der Frage: Wie wird das berechnet? – Das ist möglicherweise ein Hinderungsgrund für die Anwendung auf anderen öffentlichen Dächern, und öffentliche Dächer müssen natürlich viel stärker zur Verfügung gestellt werden, und da muss dieser Vorreiterrolle nachgekommen werden. Da kann ich Sie nur ermuntern, das, was der gesetzliche Auftrag ist, nachzuhalten und mit dafür zu sorgen, dass hemmende Regelungen beseitigt werden. Wir haben als Gremium natürlich, das können Sie sich vorstellen, mit der IHK und anderen ein bisschen ein Problem mit ordnungsrechtlichen Vorgaben. Logischerweise ist eine IHK sicherlich eher Fan von anderen Instrumenten. Deswegen steht das hier auch nicht ganz oben dran. Aber ich denke, uns allen ist durchaus klar ist: Wenn der Rahmen sich nicht so weit ändert, dass wir funktionierende CO₂-Preise haben oder ein Äquivalent, was uns einen Rahmen bietet, dass sich viel mehr Anwendungen rechnen – – Auch das Mieterschutzgesetz ist so, dass es sehr restriktiv ist. Das muss aufgebohrt werden, und dann rechnet sich viel mehr. Wenn das nicht kommt, hat es ein Bundesland natürlich schwer, dagegen anzufordern und muss sich dann perspektivisch überlegen, ob es das Ganze nicht doch ordnungsrechtlich löst. Ich glaube, das war in unserem Gremium durchaus mehrheitsfähig, dass wir gesagt haben, wir fordern nicht jetzt sofort eine ordnungsrechtliche Maßnahme. Ich als Experte würde sagen, im Neubau müsste man das schon machen, weil das EU-Recht mittlerweile – – Es gibt eine EU-rechtliche Grundlage, die in diese Richtung Vorgaben macht, dass es gerade beim Neubau eigentlich nur in diese Richtung gehen kann, aber das ist mit dem Gremium sicherlich nicht das, was ganz vorne dran steht, was aber perspektivisch, wenn man mit so was wie CO₂-Preis oder anderen Rahmenbedingungen – – Wenn man nicht ständig dagegen anfordern möchte, weil es den Berliner Etat betrifft, dann wird man um ordnungsrechtliche Maßnahmen nicht herumkommen. – Noch ein paar andere Punkte – –

Dr. Christine Kühnel (Klimaschutzrat, BUND): Es tut mir leid, dass ich so zurückhaltend war. Ich muss leider gehen. Ich befindet mich in Elternzeit, und dieses Kind fordert doch eine gewisse Aufmerksamkeit. Aber ich habe mir Ihre Fragen angehört, und ich nehme sie auch mit. Vielleicht sehen wir uns, wenn ich wieder etwas mehr Kapazitäten habe, mal wieder. Danke! – [Allgemeiner Beifall]

Vorsitzender Daniel Buchholz: Vielen Dank, dass Sie da waren, Frau Dr. Kühnel! Wir haben dafür selbstverständlich vollstes Verständnis.

Prof. Dr. Bernd Hirschl (Klimaschutzrat, IÖW): Die Lautsprecheranlage ist auch so eingestellt, dass es für kleine Kinder besonders gut ist. Es ist ein bisschen gedämpft hier. – Es kamen ein paar Fragen zum Thema BEK-Ausgaben. Das wurde schon von der Senatsverwaltung beantwortet. Darauf haben wir nicht so den Blick. Es gab die Frage, wofür es ausgegeben wird und ob es zum Beispiel bei der Frage Personalausstattung nicht Probleme gibt. Das würde ich absolut teilen. An allen Ecken und Enden sehen wir, dass Klimaschutz letzten Endes personell, insbesondere bei den Bezirken, recht schwach aufgestellt ist. Da sind sehr viele Bezirksmitarbeiter, die sehr engagiert sind, deren Hauptaufgabe aber gar nicht Klimaschutz ist, sondern die sind für andere Energiemanagementthemen angestellt. Das heißt, dort eine personelle Aufrüstung hinzukriegen im Schulterschluss mit den Bezirken, ist ganz wichtig. Diese Expertise mit personellen Kapazitäten voranzutreiben, ist unerlässlich, um die überhaupt in die Lage zu versetzen, so etwas wie Sanierungsfahrpläne o. Ä. zu erstellen. Das findet gegenwärtig noch gar nicht richtig statt.

Ich glaube, viele Punkte habe ich jetzt schon angesprochen. – Weitere Einzelfragen: Wir haben das Thema Klimaschutzvereinbarung und wen man ansonsten adressieren könnte, noch nicht auf der Agenda gehabt. Das sind Punkte, die ich als Anregung mal mitnehmen würde. Ich hoffe, Sie haben gesehen: Wir sind einerseits tatsächlich beratend im engeren Sinne tätig, und wenn aus Ihrem Hause ein solcher Beratungsbedarf, wie ihn zum Beispiel Senatsverwaltungen immer mal an uns herantragen, entsteht, dann nehmen wir den gern mit auf. Auch in dem Sinne: Sie haben gesehen, dass wir uns mit dem Thema Geothermie selbst ein großes Potenzialfeld, wo ich glaube, dass es hier Potenziale gibt, gezogen haben.

Im Übrigen, zur Erläuterung: Es gibt geothermische Untersuchungen für ähnliche Räume. Wir haben aber, was den tieferen Untergrund angeht, im Moment gar nicht die Kenntnisse, was wir alles an Wärmepotenzialen unter uns haben. Das heißt, das ist sicherlich noch eine Forschungsaufgabe, aber die Vermutung ist tatsächlich, dass wir eine ganze Menge an Wärme im Boden und auch im Grundwasser haben, und es gibt technologische Lösungen, um mit dem Grundwasser sogar dort, wo ich verunreinigte Bereiche habe, eine Verbesserung erzielen zu können. Das gehört in diese Rubrik, ob es dafür Beispiele, Kriterien und Anforderungen gibt, die man stellen kann. Da sind wir im Dialog. Ich war gestern in der Sitzung sehr positiv überrascht, wie offen die Wasserbehörde war, dafür Lösungen zu finden und gemeinsam mit uns nach Lösungen zu suchen. Das ist, glaube ich, etwas, wo wir als Klimaschutzrat ganz gut tätig werden können, weil wir in dem Fall das Spektrum der Akteure, die wir haben – – Die Wasserbetriebe sind drin, die Energieversorger, die das machen und die diese Probleme kennen, die Wasserbetriebe, die das Grundwasser schützen wollen. Das heißt, da haben wir genau die Repräsentanten, die diese beiden Schutzgüter mit einbringen und in den Dialog kommen über die behördliche Einbindung, die Expertise von denen, die das zu genehmigen haben.

Wenn Sie in dem Sinne Schwerpunktthemen für uns haben, Zielkonflikte, die Sie sehen, wo Sie das Gefühl haben, es wäre eigentlich ganz gut, wenn das durch ein heterogenes Stakeholdergremium diskutiert wird, sind wir sehr offen dafür, das aufzunehmen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke schön! – Jetzt gibt es noch eine kurze Nachfrage vom Kollegen Dr. Efler. Gibt es eine Wortmeldung?

Dr. Michael Efler (LINKE): Ja! Ich versuche, es kurzzumachen. Eine Frage an den Senat ist noch offen, und zwar zum Thema Bundesratsinitiative Schleswig-Holstein, CO₂-Abgabe, ob es schon Überlegungen gibt, da mit einzusteigen, ob das schon gemacht worden ist. Ich will nur kurz festhalten: Ich bleibe dabei, dass sich bei der Besetzung etwas tun sollte. Ich sehe, dass das in anderen Gremien auch geht, z. B. beim Expertenkreis Masterplan Solarcity oder beim Begleitkreis Kohleausstieg. Ich kann nicht verstehen, warum das hier nicht möglich sein soll. Es geht ja darum, dass man Zielkonflikte möglichst frühzeitig diskutiert und das wirklich in der Mitgliedschaft selbst in dem Gremium. Das, denke ich, müsste dann auch erfolgen.

Noch ein Hinweis: Was die Berichtspflichten angeht, wäre ich dafür, und ich denke, meine Fraktion auch, dass wir hier zu einer Straffung kommen und überlegen, ob wir den Berichtsauftrag des Hauptausschusses vielleicht überwinden und uns auf einen Bericht verständigen können, der auch eine Finanzkomponente enthält, aber dass die Verwaltung permanent mit Berichten für uns beschäftigt ist, kann nicht das Ende der Fahnenstange sein, finde ich.

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke sehr! – Jetzt möchte Kollege Kössler noch kurz etwas beitragen.

Georg Kössler (GRÜNE): Ich wollte auf das Gleiche mit den Berichten hinwirken und hätte die Frage, weil ich es vielleicht überhört habe, zu dem Wärmegesetz in Baden-Württemberg und wie Sie das für Berlin einschätzen.

Zuletzt noch der Hinweis, diese Zielkonflikte zu benennen. Ich möchte keinen Bericht vom Klimaschutzrat, der nur Kompromisse schon vorzeichnet. Den Handlungsspielraum, den wir hier haben – und die Aufgabe ist, den zu nutzen –, und die Aushandlungsprozesse müssen auch hier stattfinden. Von daher: Geben Sie uns Konflikte, und wir werden Ihnen auch konfliktäre Stoffe zur Bearbeitung rübergeben, sodass wir hoffentlich in einen Austausch kommen, der nicht nur alle zweieinhalb Jahre stattfindet.

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke schön! – Ich habe jetzt noch eine Frage an den Staatssekretär gehört. – Bitte schön!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herzlichen Dank! – Bundesratsinitiative Schleswig-Holstein: Wir sind als Umweltverwaltung mit dem Land im Gespräch, aber ich kann natürlich einer Entscheidung des Senates hier nicht voreilen. Aber wir sind im intensiven Gespräch und gucken unsererseits mit viel Sympathie auf den Antrag. – Frau Züchner machte mich gerade darauf aufmerksam, dass wir den Inhalt auch in der UMK selbst noch mal adressieren.

Bei der Frage nach der Berichtspflicht nutze ich natürlich die Gelegenheit, aus Sicht der Senatsverwaltung darauf hinzuweisen, dass es wirklich sehr viele Kapazitäten bindet, die dann bei der Umsetzung nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus unserer Sicht wäre es sehr begrüßenswert, wenn es sich auf einen Bericht fokussieren könnte, da sie inhaltlich im Grunde sehr ähnlich aufgestellt sind. – Frau Züchner würde ich bitten, sich kurz zu der Frage zum Fernwärmegesetz zu äußern.

Beate Züchner (SenUVK): War die Frage an die Verwaltung oder an den Klimaschutzrat, Herr Kössler?

Vorsitzender Daniel Buchholz: An den Klimaschutzrat! Wenn Herr Prof. Hirschl sie noch beantworten möchte, sonst – –

Prof. Dr. Bernd Hirschl (Klimaschutzrat, IÖW): Ich bin davon ausgegangen – – Können Sie die Frage noch einmal stellen?

Vorsitzender Daniel Buchholz: Herr Kössler!

Georg Kössler (GRÜNE): Wie gesagt, vielleicht habe ich es vorhin nicht mitbekommen. Sie haben von Sanierungsfahrplänen gesprochen und erneuerbaren Energien. Da gibt es ein Modell eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes in Baden-Württemberg. Auf die Bundesebene können wir nicht vertrauen. Da passiert nichts, da wird blockiert. Darauf können wir uns als Land nicht verlassen. Die GroKo ist ein Totalausfall. Da muss man als Land vorangehen. Wäre das

Gesetzesvorhaben in Baden-Württemberg, das in Baden-Württemberg relativ gut bewertet wird, etwas, was wir in Berlin machen sollten?

Prof. Dr. Bernd Hirschl (Klimaschutzrat, IÖW): Dazu habe ich insofern Stellung genommen, als dass man zum Beispiel am Solarpapier sehen kann, dass wir aufgrund unserer Besetzung noch nicht von Pflichten sprechen. Dort sind Verpflichtungen noch nicht Bestandteil. Uns ist aber durchaus klar, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht in diese Richtung entwickeln, dann Pflichten sozusagen die Ultima Ratio sind, die aber möglicherweise ziemlich schnell kommt, weil man ohne die entsprechenden Rahmenbedingungen enorm viel Fördergeld in die Hand nehmen muss, um zu sichtbaren Erfolgen zu kommen. Das ist der logische Schluss. Sie haben im Grunde diese drei Komponenten: Entweder Sie verändern die Rahmenbedingungen, am einfachsten mit einem CO₂-Preis oder mit EEG-Regeln oder einem Mieterschutzgesetz für einzelne Bereiche, dann haben Sie eine Rahmenbedingung, die sehr viele wirtschaftliche Fälle ermöglicht und kriegen dann die Märkte bewegt oder die Technologien implementiert. Wenn Sie das nicht haben, können Sie das ordnungsrechtlich festlegen oder mit Fördermitteln fördern. Das ist das, was wir im Moment machen. Im Moment nehmen wir Geld in Form von Fördermitteln in die Hand, und wir versuchen, die kleinen Anwendungsfelder, die wir haben, durch Beratung hinzubekommen. Das ist alles sehr wichtig, und das brauchen wir auch, aber es braucht natürlich die entsprechenden Rahmenbedingungen. Wenn sich die nicht verändern, wenn die sich nicht verbessern, dann müssten Sie noch mehr Geld in die Hand nehmen für Förderung oder perspektivisch mit einem ordnungsrechtlichen Hebel herangehen.

Ich habe es für die Solarenergie schon gesagt, und ich glaube, es betrifft auch ambitionierte Standards im Neubau: Ich bin der Meinung, dass wir, wenn wir uns die EU-Vorgaben anschauen, gar nicht darum herumkommen, ambitionierte Neubaustandards inklusive erneuerbare Energien zu fordern. Das ist bei allen Nebauvorhaben, die wir jetzt vor der Brust haben, aus meiner Sicht schon zwingend in Erwägung zu ziehen, aber da spreche ich als Experte und nicht als Klimaschutzratssprecher.

Vorsitzender Daniel Buchholz: Danke sehr! – Damit haben wir die Anhörung beendet. Meine Frage an Herrn Prof. Hirschl ist: Können wir die Folien, die Sie gezeigt haben, mit dem Protokoll versenden?

Prof. Dr. Bernd Hirschl (Klimaschutzrat, IÖW): Selbstverständlich!

Vorsitzender Daniel Buchholz: Wunderbar! Wir freuen uns über die Mail an das Büro. Wir dürfen Ihnen und Frau Kühnel nachträglich auch sehr herzlich für die Ausführungen danken, und wir freuen uns auf das weitere Vorgehen zusammen mit dem Klimaschutzrat. Vielen Dank! – [Beifall]

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/1654
Berlin wird pestizidfrei

0248
UmVerk(f)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1262
**Bundesratsinitiative zur Änderung der 39.
Verordnung zur Durchführung des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über
Luftqualitätsstandards und
Emissionshöchstmengen)**
- b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1561
**Andere Straßenseite, andere Werte? – Umsetzung
der Luftmessstation Silbersteinstraße**
- c) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1664
**Fahrverbote aussetzen, zweifelhafte Messergebnisse
überprüfen**

0185
UmVerk(f)
GesPflegGleich

0231
UmVerk

0251
UmVerk

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.